

DAS PROJEKT DES SOZIALÖKOLOGISCHEN UND SOLIDARISCHEN UMB AUS

—

FALLBEISPIELE FÜR DEN EINSTIEG

Michael Thomas; Rolf Reißig, Frank Thomas Koch

Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den
Landtagen und im Deutschen Bundestag

August 2011

EINLEITUNG

Die Studie „Das Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus – Fallbeispiele für den Einstieg“ schließt an konzeptionelle Ausarbeitungen und Einschätzungen¹ an und aktualisiert diese mit folgenden Fragen: Was sind die Parameter eines sozialökologischen, solidarischen Pfadwechsels (Abschnitt I)? Welches sind umkämpfte Handlungsfelder für einen solchen Pfadwechsel, wie sehen gesellschaftliche Rahmenbedingungen aus (Abschnitt II)? Welche praktischen Ansätze für einen solchen Pfadwechsel und damit verbundene Erfahrungen können aufgezeigt werden (Abschnitt III)?

Mit der in Abschnitt III vorgenommenen Identifizierung von Fallbeispielen erfolgt ein Perspektivenwechsel auf *konkrete Ansätze und Beispiele* als Signaturen der sozialökologischen Wende – heute und hier! Dies ist einmal aus der leitenden Überzeugung begründet, dass ein solcher Pfadwechsel zunächst notwendig dezentral, lokal und regional vollzogen und von den Bürgern, den Akteuren „vor Ort“ selbst in die Hand genommen werden muss. Vor allem aber spitzt sich Vieles auf das konkrete Beginnen zu.

DIE LINKE ist eher spät in diese Thematik eingestiegen. Schwierigkeiten, die soziale Frage mit der ökologischen zu verbinden, sind nicht zu übersehen. Der Entwurf des Parteiprogramms hebt indes ausdrücklich auf den sozialökologischen Umbau ab. Bemerkenswert sind Landesprogramme wie etwa das in Thüringen. Angesichts der Dramatik der Herausforderungen ist es höchste Zeit, nicht aber zu spät. DIE LINKE könnte die politische Kraft sein, die diese Schwierigkeiten auf sich nimmt. Sie könnte tatsächlich und konsequent die stringente Verbindung der ökologischen mit der sozialen Herausforderung zu politischer Praxis machen. Nicht ökologisch zu handeln, ist unsozial; nicht sozial zu handeln, ist unökologisch!

Die vorliegende Studie macht nach der vertiefenden Begründung eines sozialökologischen, solidarischen Pfadwechsels und der Charakterisierung exponierter, umkämpfter Handlungsfelder ein Lern- und Erfahrungsfeld praktischer Initiativen und Projekte auf, mit denen sich so oder so Einstiege in den Pfadwechsel verbinden. Es sind diese „Transformationen im Klei-

¹ „Leitbild Ostdeutschland 2020“ (2009); „20 Jahre Transformation und Vereinigung – Bilanz und Ausblick: Chancen wie Blockaden für eine Umsetzung des Leitbildes ‚Ostdeutschland 2020‘“ (2010)

nen“, denen ein besonderes Zukunftspotenzial zukommt und für die Ostdeutschland einen geeigneten Beobachtungsraum darstellt.

Es lassen sich wichtige Erfahrungen festhalten. Mit Blick auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, solidarische Teilhabe, die zu wesentlichen Voraussetzungen einer transformationsfähigen Gesellschaft gehören, ist aber für Ostdeutschland eher auf schlechte Bedingungen und Erfahrungen hinzuweisen. Besonders hervorstechen erhebliche soziale Verwerfungen. In Ostdeutschland kumulieren sich einerseits deutliche soziale wie ökologische Defizite zu nicht zu ignorierenden Hindernissen für Nachhaltigkeitsziele: Hartz IV und Discounter, mangelnde Arbeitsplätze und Akzeptanz fossiler Energien, knappe öffentliche Kassen und lange Wege. Ostdeutschland, ostdeutsche Bundesländer und Regionen haben andererseits nicht nur beim Umstieg auf erneuerbare Energien beachtliche Anteile aufzuweisen. Erkennbar sind zudem soziale Standards oder landschaftliche Prägungen, die besondere Chancen für einen sozial-ökologischen, solidarischen Umbau darstellen. Vielen Regionen wird eine hohe Kinder- und Familienfreundlichkeit bescheinigt, eine geringe Kriminalität und positiv bewertete Wohnqualität. Gleiches gilt für Umweltqualität und verfügbare Flächen. Es gibt Erfahrungen, wie man in dünn besiedelten Räumen flexibel die Daseinsvorsorge sichert, häufig hervorgehoben wird das problemorientierte, pragmatische Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure auf lokaler Ebene. Weitere Beispiele werden aufgezeigt.

Unter den genannten Rahmenbedingungen und einer politischen Logik rein quantitativer Wachstumsorientierung kommen diese Faktoren aber kaum zum Tragen und sie sind zudem gefährdet. Es bleibt Aufgabe und Voraussetzung für den Pfadwechsel, die Rahmenbedingungen zu verbessern, die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen und Handlungspotenziale der unterschiedlichen Akteure zu befördern. Heute geht es um Einstiegsprojekte in einen sozialökologischen und solidarischen Umbau, der langfristig Wege zu einer zukunftsfähigen, einer sozial gerechteren, demokratischeren und freieren Gesellschaft öffnet. Das Ringen um ein solches Transformationsprojekt hat schon begonnen.

I. GESELLSCHAFT IM UMBRUCH – FÜR EINEN NEUEN, SOZIALÖKOLOGISCHEN UND SOLIDARISCHEN ENTWICKLUNGSPFAD

1. Die Diagnose - Eine neue gesellschaftliche Übergangs- und Umbruchsituation

Unsere Zeit kann als eine neue *historische Übergangs- und gesellschaftliche Umbruchsituation* verstanden werden. Der Kollaps staatssozialistischer Länder 1989/90 war nicht das Ende tiefgreifender Umbruchprozesse in Deutschland, in Europa und der globalen Welt, sondern deren markanter Ausdruck. Die westlichen kapitalistischen Gesellschaften selbst sind Teil der globalen Übergangs- und Umbruchsituation. Mehr noch: Das westliche Entwicklungs- und Modernisierungsmodell, das einst beachtlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen Fortschritt bewirkte, ist nunmehr zu einem „Weltuntergangmodell“ (Ulrich Beck) geworden – vom ungebremsten Verbrauch der endlichen Ressourcen über den fortschreitenden Klimawandel bis zur weltweiten Verschärfung der sozialen Ungleichheit und sozialen Spaltung. Erstmals in der Geschichte kann die Menschheit nur noch zivilisiert überleben, wenn sie sich grundlegend wandelt.

Auf die Agenda gerückt ist die Notwendigkeit eines einschneidenden Pfadwechsels, des Übergangs zu einem neuen Entwicklungspfad. Die Grenzen des bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspfades wurden bereits seit den 1970er Jahren deutlich. Die staatssozialistisch-fordistischen Gesellschaften fanden darauf keine überzeugende Antwort. Die Erosion und letztlich Implosion ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells war die Folge. In den westlichen kapitalistisch-fordistischen Gesellschaften hieß die Antwort Neoliberalismus und Marktfundamentalismus und damit *restaurative Transformation*. Die 2008 aufbrechende akute Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Erfordernisse für einen Umbau des dominierenden Produktions-, Sozial- und Kulturmodells weiter verstärkt.

In einem solchen Umbau kommt *Ostdeutschland* besondere Bedeutung zu. Denn zum einen erfordert der für Ostdeutschland charakteristische „doppelte Umbruch“ (postsozialistisch und postfordistisch) die Suche nach einem neuen, zukunftsfähigen Entwicklungspfad. Und zum

anderen gibt es in Ostdeutschland hierfür – schon aufgrund der bisherigen widerspruchsvollen Umbruchgestaltung – spezifische Ansätze und Erfahrungswerte.

2. Der Diskurs –

Systemrestauration, Systemreform, Systembruch, Systemtransformation

Diese Situation des Umbruchs hat die Debatte um den Zustand der Gesellschaft, um ihre Stabilität und Brüchigkeit, um ihre Zukunftsfähigkeit neu belebt. Herrschende Kreise in Politik und Wirtschaft sind aus Angst vor wirksamen Veränderungen bestrebt, einen gesellschaftlichen Diskurs als Wandlungs- und Transformationsdiskurs zu unterbinden oder ihn in Herrschaft sichernde Bahnen zu lenken.

Anders noch als 1989/90 ist inzwischen jedoch ein breiterer, kritischer Diskurs- und Suchprozess entstanden. Die Atomkatastrophe von Fukushima hat das Thema des Endes des Atomzeitalters schlagartig in den Mittelpunkt gerückt. In Deutschland kam es in der Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Einleitung einer Energiewende zu einem gesellschaftlichen Konsens. Dies ist ein bemerkenswerter Wandel in der gesellschaftlichen Debatte, der gerade auch die Linke herausfordert. Statt wehmütig auf die Zeit zurückzublicken, da sie maßgeblich den sozialen Diskurs bestimmte, gilt es, sich auf die neue Situation offensiv einzustellen. Die Debatte um den Atomausstieg und um die Energiewende muss – aus gesellschaftskritischer Sicht – zu einer Debatte um einen grundlegenden Wandel, um eine Transformation des marktliberalen/-radikalen Entwicklungsmodells werden. Hier ist der Beitrag der LINKEN gefordert, hier ergeben sich für sie neue Chancen. Vier unterschiedliche Diskurslinien zeichnen sich ab.

Erstens: „Wandel“ als Fortführung des marktradikalen, finanzmarktgetriebenen Wachstums- und Entwicklungsmodells bei partieller Anpassung an neue (u. a. ökologische) Gegebenheiten und Erfordernisse – ein Konzept des herrschenden konservativ-wirtschaftsliberalen Blocks.

Zweitens: Wandel, auch tiefgreifender, innerhalb der systemischen Strukturen und der bestehenden, jedoch zu reformierenden Ordnungs- und Entwicklungsmodelle.

Begründet ist dies u. a. in den Konzepten von einer „Zweiten (reflexiven) Moderne“, oder des Übergangs zu einem neuen „Moderneprojekt“. Am weitesten geht hier das Konzept des „Ökokapitalismus“ und besonders das des „Green New Deal“. Mittels systemkonformer Innovationen und Reformen soll eine ökologisch-industrielle Revolution ausgelöst werden, die zu einer neuen Phase eines dauerhaften Wirtschaftswachstums führen würde. In der Gesellschaft der Bundesrepublik und unter dem überwiegendem Teil ihrer politischen und Funkti-

onseliten könnte sich ein Grundkonsens herausbilden. Es ist nicht auszuschließen, dass dies mittelfristig zum neuen hegemonialen Projekt in einer post-neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus wird.

Drittens: Wandel als radikaler Systembruch, als beginnendes Ende der Formation und des Weltsystems Kapitalismus, der seine inneren Konflikte und Krisen – darunter die Ökokrise – nicht mehr länger kanalisieren und beherrschen kann. Herausbildung einer ganz neuen Formation, eines ganz neuen Weltsystems in den nächsten 50 Jahren.

Viertens: Wandel als Ringen um die Überwindung des marktradikalen Entwicklungsmodells und -pfades, als Prozess der Transformation und des Suchens nach einem neuen, zukunftsfähigen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells, das den sozioökonomischen und soziokulturellen Herausforderungen entspricht und schließlich von einer gesellschaftlichen Mehrheit getragen wird. Dieser Alternative sind das Leitbild „Ostdeutschland 2020“ wie die Studie verpflichtet.

3. Die Alternative - Sozialökologischer und solidarischer Entwicklungspfad

Beim Übergang zum sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad handelt es sich um den tiefgreifendsten Struktur- und Gesellschaftswandel seit Beginn des Industriezeitalters. Das Ringen um einen solchen neuen Pfad wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung bildet die Achse der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit und in unserem Land. Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft im 21. Jahrhundert, zu gewährleisten ist die Einheit von ökologischer und sozialer Entwicklung. Das ist die konstruktive Antwort auf die beiden zentralen Konfliktlinien unserer Zeit: die Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens, der natürlichen Gemeingüter (Ressourcen, Klima, Wasser, Landschaft, Meere) und die soziale Zerklüftung, ja Zerstörung der Gesellschaft, der sozialen Gemeingüter (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Vertrauen, sozialer Zusammenhalt).

Sozialökologische und solidarische Gesellschafts-Transformation erfordern deshalb:

Zum einen: Übergang zu einem alternativen, einem neuen Wachstums- und Entwicklungspfad, der nachhaltig und zugleich auf neue Art innovativ ist. Die Alternative heißt nicht Wachstum oder kein Wachstum, sondern profitorientiertes und damit destruktives Wachstum oder nachhaltige Entwicklung, heißt also vor allem „menschliche Entwicklung“ (UN-Bericht 2010). Denn kapitalistisches Wachstum an sich schlägt immer öfter um in „soziale Regression“ (Dörre), geht einher mit zerstörerischen Folgen für Mensch, Natur, Gesellschaft.

Zum anderen: Übergang zu einem alternativen, neuen Modell sozialer und kultureller Entwicklung und damit gleicher Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt, Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichem Leben statt zunehmenden und weltweiten Ausschlusses sozialer Gruppen und Regionen.

Schließlich Übergang zu einem alternativen, neuen globalen Finanz-, Weltwirtschafts- und Sicherheitssystem, zu friedlichem, kooperativem Zusammenwirken und -leben der Menschen statt Konfrontation, marktradikaler Konkurrenz und globaler Ausbeutung. Nach der von Karl Polanyi so charakterisierten ersten „Großen Transformation“, die rund 300 Jahre dauerte und zur Herausbildung und Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft führte, geht es im 21. Jahrhundert um eine neue, um eine „Zweite Große Transformation“. Deren Ziel ist eine ökologisch nachhaltige und solidarische Gesellschaft.

Mit dieser Alternative könnte sich die LINKE profilieren. Sie kann am ehesten der notwendigen Verschränkung des Ökologischen mit dem Sozialen und des Sozialen mit dem Ökologischen gerecht werden. Sie sollte sich als konsequente Kraft eines grundlegenden Pfadwechsels positionieren, um auch so wahrgenommen zu werden. Die Kombination von Marktbandigung, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit könnte tatsächlich das Gewinnerthema einer Partei mit langem Atem werden (Fülberth).

Davon ist die LINKE noch ein Stück entfernt, dafür bringt sie aber, wie gezeigt, Voraussetzungen mit, die sie gegenüber allen anderen Parteien auszeichnen könnten. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad ist nicht zuerst oder primär ein technologisch-ökonomischer Umbau, sondern ein Umbau des heute dominierenden Gesellschafts- und Entwicklungsmodells. Es geht deshalb nicht nur um eine allgemeine Transformation, sondern um eine *Gesellschafts-Transformation*. Ein „Weiter-So“, aber künftig mit erneuerbaren Energien, kann es letztlich nicht geben. Energiewende und sozialökologischer Entwicklungspfad drängen auf die Partizipation der Bürgergesellschaft; verlangen soziale, dezentrale, demokratische Lösungen; erfordern einen grundlegenden Wandel der Lebensstile und -qualität. Das aber heißt, dass der Nachhaltigkeitspfad sich gegen Grundprinzipien kapitalistischer Entwicklung, gegen das dominierende kapitalistische Akkumulationsregime stellt und ohne die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Energie- und Ölkonzerne und des Finanzkapitals sowie des herrschenden konservativ-wirtschaftsliberalen Blocks nicht durchsetzbar ist. Das erfordert auch, dass das Eigentum sozial- und umweltverträglich gebunden und gebraucht ist.

Heute aber ist es gerade umgekehrt; es herrscht der Primat der Logik der Kapitalakkumulation und nicht der Sozialbindung. Notwendig sind deshalb ein neues gesellschaftliches und wirtschaftliches Regulationssystem, die Reform des Aktien-, Steuer- und Bankenrechts, die soziale Einbettung der Märkte, der Wandel und der Umbau der Eigentumsstrukturen. Entscheidend für den sozialökologischen Umbau ist schließlich, ob anstelle des Finanzmarktkapitalismus und konservativ-restaurativer Eliten eine demokratisch-solidarische Gesellschaft, eine neue Bürgergesellschaft (Polanyi „Neue Demokratie“), die Macht und den Primat erlangt, um gemeinsam mit sozialen Bewegungen, demokratischen Initiativen, kritischen Intellektuellen die wirtschaftliche, staatliche und soziale Entwicklungsrichtung zu bestimmen und durchzusetzen. Beim sozialökologischen Umbau geht es um nicht weniger als den Übergang zu einem *anderen Wirtschaften, anderen Arbeiten, anderer Teilhabe und anderer Lebensqualität.*

4. Strategien und Wege

Der Übergang zu einem solchen Pfad ist nur als langfristiger und hart umkämpfter Weg vorstellbar. Er stößt auf beachtliche Hürden und Blockaden: die Machtfülle und Anpassungsfähigkeit der Herrschenden, die Langwierigkeit des Wandels von verinnerlichten Werten und Handlungsorientierungen in allen Milieus der Gesellschaft und nicht zuletzt die Schwierigkeiten bei der Herausbildung eines neuen hegemoniefähigen demokratischen Blocks. Auszugehen ist von verschiedenen Entwicklungsszenarien, die die aufgeführten Diskurslinien bestimmen: Fortführung des bestehenden Pfades; Übergang zu einem „Green New Deal“; möglich sind Rückschläge, chaotische Zustände. Die Mosaik-Linke spricht sich wie soziale und demokratische Bewegungen, kritische Intellektuelle, Teile von Unternehmerschaft und politisch-administrativer Eliten für eine sozialökologische Transformation aus.

Ein solches Ziel muss zu einer realistischen Strategie, einem tragfähigen Konzept verdichtet werden, das Wege des Wechsels und Umbaus sowie mögliche Akteure aufzeigt. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil es sich bei dieser „Großen Transformation“ nicht um einen allmählichen evolutionären Wandel oder einen Automatismus handelt. Es geht auch nicht um einen Masterplan, sondern um die „Gestaltung des Unplanbaren“ (WBGU 2011).

Erforderlich ist eine Politik konkreter Schritte, konkreter Alternativen und Einstiegsprojekte zur Erweiterung der Demokratie, der Freiheitsrechte, zur Stärkung von Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft. Es gilt, einen Prozess in Gang setzen, in dem die Gesellschaft trans-

formationsfähig und die Akteure in ihrem Handeln befördert werden. Damit sind Forderungen verbunden wie praktische Eingriffe in die bestehenden Strukturen.

Transformatorische Wege und Einstiegsprojekte

- Projekte für einen *sozialökologischen und solidarischen Umbau*: Dezentrale, autonome Energie-Dörfer, - Städte, -Regionen. Rekommunalisierung (u. a. Stadtwerke) und öffentliche Kontrolle (Sozialisierung) über die öffentlichen Güter (Gemeingüter) wie Energie, Wasser, Verkehr aber ebenso über Luft, Landschaft sowie immaterielle Ressourcen wie Wissen, Information, Geschichte, Kultur.
- Wege und Projekte in Abkehr vom bislang dominierenden, regressiven Wachstumsmodell und als Übergang zu einer *nachhaltigen Entwicklung*: u. a. ökologische Netzwerke, die das Regionale und Gemeinschaftliche wiederentdecken, Solidarische Ökonomie, Wege zu bedarfs- statt profitorientierter Ökonomie.
- Alternativen und Projekte auf dem Weg hin zu neuen Formen *sozialer Sicherheit und gleichberechtigter Teilhabe* Aller an Arbeit, Bildung, Öffentlichen Gütern, Daseinsvorsorge, Kultur: u. a. „Gute Arbeit“ und gleichberechtigte Anerkennung der Vielfalt der unterschiedlichen Arbeits- bzw. Tätigkeitsformen; gesichertes und repressionsfreies Grundeinkommen, Mindestlohn, kostenlose Kitabetreuung, Gemeinschaftsschulen, Bürgerversicherung.
- Wege und Projekte zur *Demokratisierung* der Demokratie, der Gesellschaft und der Wirtschaft: Erweiterung der liberalen Demokratie durch Stärkung der Parlamente (von Erhöhung der Transparenz über Stärkung der Entscheidungsbefugnisse bis zur Zurückdrängung des Einflusses der wirtschaftlichen Lobbygruppen); Weiterentwicklung der sozialen und demokratischen Grundrechte (Recht auf Arbeit und ökologische Grundrechte als Staatsziele); Übergang zu neuen, partizipativen Demokratieformen sowie neuen Formen der Bürgerbeteiligung (u. a. Partizipative Bürgerhaushalte, Runde Tische mit Konsultations- und Einspruchsrechten, Bürgerinitiativen, Bürgerbefragungen, Volksentscheide, Wirtschaftsdemokratie).
- Alternative Wege, *Wohlfahrt* neu zu verstehen und zu praktizieren: außer Lohnentwicklung, Einkommen, Renten als wichtige Säulen auch saubere Umwelt, Bildungschancen, Gesundheit, Vielfalt sozialer Beziehungen, bürgerschaftliches Engagement, Zeit für Muße und Kultur als neue Maßstäbe von Wohlergehen.
- Alternative Wege und Projekte für ein *friedliches und kooperatives Zusammenleben* der Menschen in einer sich formierenden Weltgesellschaft: Wege zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele; Forderungen nach und Projekte für konkrete Abrüstung und zivile Formen der Konfliktlösung.

Wandel und Umbau erfolgen in konkreten Schritten, Projekten, die sich durch ihren sozialen und demokratisch-emanzipatorischen Charakter auszeichnen. Sie sind einerseits auf der Basis der bestehenden Institutionen in Angriff zu nehmen wie sie andererseits neue Institutionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hervorbringen werden. Ziel und Mittel fallen dann nicht mehr länger auseinander, sondern bedingen sich wechselseitig. Am Beispiel *Ostdeutschland* können Erfahrungen gewonnen und für eine Politik progressiver gesellschaftlicher Transformation genutzt werden: Ostdeutschland als widerspruchsvolles Labor eines sozialökologischen Pfadwechsels (s. dazu II und III). Chancen und Risiken liegen dicht beieinander.

Zukunftsvisionen

Eine Transformation, die hier und heute beginnt, beginnen muss, kann nur erfolgreich sein, wenn sie am Ziel des Richtungs- und Pfadwechsels orientiert ist. Ohne eine überzeugende Vision von einer besseren, gerechteren und freieren Gesellschaft, verlöre linke Transformati-

onspolitik eines ihrer Markenzeichen. Ein neuer Pfad kann nur aus den Kämpfen und Arrangements der handelnden Akteure, der großen gesellschaftlichen Interessengruppen entstehen.

Im Kapitalismus also über den Kapitalismus hinaus denken und handeln. Das Schlüsselkonzept hierfür heißt heute weder Reform noch Revolution, sondern „*emanzipatorische Transformation*“; Übergang zu einem Gesellschafts- und Entwicklungsmodell, das eine sozialökologische und solidarische Entwicklungs- und Lebensweise generiert. Für die LINKE ist dies Pflicht und Chance zugleich. Wie sie sich dem stellt, entscheidet maßgeblich auch über ihre Zukunft.

II. AKTEURKONSTELLATIONEN, UMKÄMPFTE HANDLUNGSFELDER, UMSETZUNGSBEDINGUNGEN

Die sozialökologische Transformation gewinnt in dem Maße an Fahrt, wie die Bewusstwerdung und auch der Wandel sozialer Interessen, ihre Verteidigung und Durchsetzung mit der Regulierung der Märkte und den Bemühungen um erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und nachwachsende Rohstoffe verbunden werden. Der nachfolgende Abschnitt benennt aus dieser Perspektive ausgewählte „Großakteure“, weist exponierte umkämpfte Handlungsfelder aus und fragt nach Umsetzungsbedingungen.

II.1. Akteure und Subjekte der sozialökologischen Transformation

Reale und potentielle Träger der sozialökologischen Transformation finden sich mehr oder weniger in allen sozialen Gruppen. Unter den Parteien richten sich die Hoffnungen freilich eher auf linke Parteien als auf konservative und liberale. Für den sozialökologischen Umbau als reale Praxis spielen neben den Parteien Gewerkschaften, Attac, kritische NGOs, Umweltorganisationen wie z.B. Grüne Liga, BUND, Unternehmer und Unternehmensnetzwerke, Initiativen und Gemeinschaften, wissenschaftliche Institutionen sowie in allen sozioökonomischen und politischen Gruppierungen präsenste Pioniere eine Rolle. Allerdings sind die aufgeführten Akteure und Organisationen in ihrer gegenwärtigen Verfassung in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage, als treibende Kräfte eines sozialökologischen Umbaus hervorzutreten. Wie stellt sich das für die Partei DIE LINKE dar?

II.1.1. Sozialökologischer, solidarischer Umbau und Alleinstellungsmerkmale der Linken im Parteienwettbewerb

Innerhalb der LINKEN ist umstritten, ob der sozialökologische Umbau *das* übergreifende „Projekt“ sein kann. Befürchtet wird, dass die LINKE sich auf ein längst von anderen bestelltes und besetztes Feld begeben würde, an Profil und Wählern verlieren könnte und überdies die Partei für eine solche Wendung wenig Kompetenzen hätte.

Die zentrale Stellung des Themas sozialökologischer Umbau für die LINKE gründet *erstens* in der neuartigen Verschränkung von sozialer und ökologischer Frage. Dadurch werden die bisherigen Themen und Kernkompetenzen der LINKEN keineswegs obsolet, sondern mehr denn je gebraucht, sie sind aber neu zu justieren. *Zweitens* ist die Befürchtung unbegründet, dass andere Parteien das Thema >sozialökologischer Umbau< längst besetzt hätten und bestellen würden. Die GRÜNEN haben sich in dreißig Jahren beim Thema Ökologie zwar einen Kompetenzvorsprung erarbeitet, sie sind aber keineswegs die Partei des sozialökologischen Umbaus, sie stehen vielmehr für eine vergleichsweise progressive Variante von Ökokapitalismus. Noch weniger können SPD oder gar CDU, CSU und FDP diese Position für sich reklamieren.

Spätestens ab 1990 verstanden sich alle (im Bundestag vertretenen) Parteien mit Ausnahme der LINKEN als Parteien der Mitte: „Das Problematische an der Dominanz der Mitte im deutschen Parteiensystem [...] ist [...] die Einschränkung politischer Programmatiken auf ein durch die Ränder der Mitte begrenztes Spektrum. Man kann auch von einer politischen Horizontverengung sprechen“ (Münkler 2010). Das bedeutet, dass soziale Voraussetzungen und Konsequenzen praktisch und konzeptionell wenig und nur mit Blick auf die Mitte bedacht werden. Die politische Horizontverengung einer (westdeutschen) Mitte zeigt sich nicht nur in einer sozialen Einäugigkeit, sondern auch rückblickend beim >Aufbau Ost<, bei der Ausblendung lebensweltlicher Gegebenheiten im Bundesgebiet Ost. *Drittens* ist ein stärkeres Insistieren auf den sozialökologischen Umbau seitens der LINKEN freilich an Lernprozesse und eine Ausweitung ihrer sozialen Basis gebunden. Zumal die LINKE gegenwärtig an Wählerzustimmung verliert. Ist aber der sozialökologische Umbau eine Programmatik mit der die LINKE bei Wählern punkten, Zugewinne erzielen oder nur verlieren kann?

Innerhalb der Wählerschaft der LINKEN lassen sich zwei große Cluster erkennen. Zum einen tendieren besser Gebildete und höher Qualifizierte, das „Bildungsbürgertum“ dazu, die LINKE zu wählen, zum anderen sind das viele Menschen in „verwundbaren“ sozialen Lagen, häu-

fig weniger gebildet und qualifiziert. In beiden Clustern hat die LINKE an Wählerzuspruch eingebüßt. Angehörige aus dem „Bildungsbürgertum“ könnte die LINKE mit einem solchen Projekt wie den sozialökologischen Umbau halten und gewinnen. Wer indes sozial verwundbar ist, hat keine Reserven, ist an >Zukunftsprojekten< weniger interessiert. Für Menschen in verwundbaren sozialen Lagen steht und fällt der Gebrauchswert der LINKEN damit, dass sie ihre Erfahrungen, Sehnsüchte, Hoffnungen, Ängste und Interessen angemessen vertritt und praktische Verbesserungen ihrer Lage herbeiführt. *Diese* Erwartungshaltung muss aber keine Blockade sein, sie ist anschlussfähig an die sozialökologische Transformation der Gesellschaft. Der von der LINKEN und anderen politischen und sozialen Kräften geführte Kampf gegen Niedriglohnstrategie und für gesetzlichen Mindestlohn, für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik ist im Erfolgsfall geeignet, die Transformationsfähigkeit der (ost-)deutschen Gesellschaft zu erhöhen. Im Umkehrschluss gilt: Wer wie die regierende Koalition an der der Niedriglohnstrategie festhält und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verhindert, blockiert die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft. Der sozialökologische Umbau verlangt mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe, individuelle Lebensperspektiven für alle.

II.2. Exponierte und umkämpfte Handlungsfelder

Inhaltlich geht es bei der sozialökologischen und solidarischen Transformation vor allem um Antworten, die auf ein anderes Wirtschaften, anderes Arbeiten, anderes Leben und auf breitere Formen der Partizipation hinauslaufen.

II.2.1 Koordinaten eines anderen Wirtschaftens

Dieses Feld wird angesichts zahlreicher Expertisen und Stellungnahmen über exemplarische Stellvertreter (Antworten auf Ressourcenverknappung und Organisation der Energiewende) in den Blick gerückt.

1. Eine der großen Herausforderungen besteht in der Suche nach gesellschaftlichen Antworten auf die Verknappung und Verteuerung fossiler und anderer Ressourcen und damit der Kosten für Energie, Mobilität, Rohstoffe und Lebensmittel in der Bundesrepublik wie in der Welt

Setzen der bisherige Kapitalismus und die mit ihm verbundenen Lebens- und Siedlungsweisen wie auch Mobilitätsformen den stetigen Zustrom an fossilen Ressourcen voraus, so führt ihre Verknappung zu einem beständigen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise und zu einer verstärkten weltweiten Konkurrenz um den Zugang zu begehrten Rohstoffen. Die Suche nach gesellschaftlichen Antworten bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen zwei Polen. Die

Verknappung und Verteuerung von fossilen und anderen Ressourcen löst einerseits vermehrte Anstrengungen aus, die bisherigen Weisen der Produktion und Reproduktion unter veränderten Bedingungen auf ähnlichen Wegen wie bisher zu sichern: über langfristige Verträge mit dem Ausland, den Neuaufschluss von bislang schwerer erschließbaren fossilen Vorkommen im Inland. In diesem Kontext stehen auch die Neufassung der „verteidigungspolitischen Richtlinien“ mit ihrem ausdrücklichen Bezug auf Interessen Deutschlands als Exportnation und den Welthandel und die Neuausrichtung der Bundeswehr.

Die Verknappung und Verteuerung von Ressourcen befeuert andererseits die Suche nach Alternativen (erneuerbare Energien, Einsatz von Substituten), den *effizienteren Einsatz von Ressourcen*. Durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten geraten nicht nur die Ärmere, sondern auch weite Teile der Mittelschichten unter Druck. Daher steht eine stärkere Regulierung der Märkte auf der Tagesordnung, um Monopole zu brechen und Kartelle zu verhindern. Die Neoliberalen aller Lager setzen indes bislang (und nicht ohne Erfolg) auf die „Selbstheilungskräfte der Märkte“ und wollen Regulierungen auf Ausnahmen begrenzen.

Gleichwohl begünstigt die Teuerung die Suche nach Alternativen zur neoliberalen Privatisierung öffentlicher Güter. Erstmals seit der Nachkriegszeit zeichnet sich ein Meinungsumschwung in der Bevölkerung zugunsten von Re-Kommunalisierungen und für die Überführung ausgewählter Schlüsselbereiche in öffentliche Hände ab. Mit der an den Atomausstieg gebundenen Energiewende wird in neuer Weise zumindest die Brechung der Marktmacht der großen Energie- und Mineralölkonzerne zu einer realen Option. Die Gegner einer sozialökologischen Transformation der Gesellschaft operieren ihrerseits mit dem Teuerungsargument und knüpfen an Ängste und Befürchtungen vieler Menschen mit der Behauptung an, der Umstieg auf erneuerbare Energien führe zwangsläufig zu einer abermaligen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, koste Arbeitsplätze und gefährde die Versorgungs- und Energiesicherheit. Im Osten ist mit einer immer noch hohen Akzeptanz der Kohlewirtschaft in der Bevölkerung zu rechnen. Damit ist ein zweites umkämpftes Feld benannt, in dem über andere Wirtschaften als bisher entschieden wird:

2. Tempo, Modalitäten des Atomausstiegs und des Umstiegs auf erneuerbare Energien

Dass sich die Gesellschaft der Bundesrepublik >im Umbruch< (siehe I.) befindet, zeigt sich auch daran, dass wichtige politische Akteure des Landes in atemberaubender Geschwindigkeit ihre Grundpositionen ändern. Verabschiedet sich die SPD, wenn auch halbherzig, von Maxi-

men der Schröder-Ära, so die Union von der Atomkraft. Die Revisionskompetenz ist in diesem Falle zu begrüßen, der Atomausstieg sollte aber, wie nicht nur die LINKE fordert, im Grundgesetz verankert werden. Die Einschätzung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung trifft zu: „Der Atomausstieg ist eines der größten sozialen Experimente, das Deutschland unternimmt – vergleichbar mit der deutschen Einheit“. Zu vielen Fragen, die bislang offen oder strittig erscheinen und der Klärung bedürfen, liegen Expertisen vor, die Antworten und Lösungen bieten hinsichtlich der Versorgungs- und Energiesicherheit in der Bundesrepublik, zu Leitungskosten oder Brückentechnologien. Es sind nicht offene Fragen oder Sachzwänge, die den Umbau verzögern, sondern Lobbyinteressen und Klientelpolitik.

In der Atomwirtschaft arbeiten 80.000 Personen; es geht um die Ausarbeitung von Konzepten für eine sozialverträgliche Konversion. Der Atomausstieg macht zudem die Suche nach einem Endlager nicht überflüssig. Am Ost- und im Ost-Deutschlands wurde immerhin weltweit nutzbares Know how beim Abbau der DDR-Atomanlagen gewonnen. Erforderlich bleibt die Auseinandersetzung über Sinn und Zweck der Schuldenbremse. Die auf Initiative des Kartells der >Parteien der Mitte< erfolgte Verankerung der „Schuldenbremse“ im GG und in Landesverfassungen ist ein enormes Handicap für den sozial-ökologischen Umbau, vor allem für die Finanzierung des Umstiegs auf erneuerbare Energien. Die Förderung erneuerbarer Energien sollte europaweit auf der Basis von Standards harmonisiert werden, die einer sozialökologischen Transformation nicht entgegenstehen. Konzeptionelle Überlegungen der EU-Kommission greifen zum Teil – zum Beispiel zum >Verkehr 2050<² – durchaus weiter als die der deutschen Seite, die noch immer im Banne der klassischen Automobilwirtschaft denkt und handelt, fossile Industrien subventioniert und Energiefresser zu wenig besteuert.

3. Energiewende - >zentralistisch< oder aber >dezentral< herbeiführen?

Große Lösungen begünstigen Großkonzerne. Wenn die Bereitstellung erneuerbarer Energien >zentralistisch< – z.B. mit Hilfe des Projekts „Desertec“ (Solarstrom aus Nordafrika) oder/und über Windkraftanlagen auf hoher See – erfolgt, dann ist das nur mit der investiven Kraft der großen Energiekonzerne möglich. Ihre bisherige Monopolstellung bei Kohle und Atom würde schrittweise auf Sonne und Wind überführt. Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zielen auf zentralistische, die Großkon-

² Danach sollen bis 2050 sämtliche Verbrennungsmotoren aus den Städten verbannt werden. Außerdem solle bis 2050 die Hälfte des Personen- und Güterverkehrs ab 300km und mehr auf Eisenbahn und Schiffe verlagert werden.

zerne begünstigende Lösungen: Teure Offshore-Anlagen (wie unter anderem vor der Insel Rügen) werden bevorteilt, die vergleichsweise billigere Windkraft an Land wird ausgebremst. Da die Stromverbrauchscentren im Süden liegen, müssten entsprechend viele und lange Leitungen verlegt werden. Erfolgt dagegen die Bereitstellung erneuerbarer Energien >dezentral<, würden die großen Energiekonzerne ihre Monopolstellung, ihre Regiefunktion über kurz oder lang verlieren. Im Osten wie im Westen des Landes gibt es bereits eine Reihe energieautonomer Siedlungen, hervorzuheben sind kommunale Stadtwerke (siehe III.). Es geht um politische Richtungsentscheidung; die LINKE sollte sich für dezentrale Lösungen einsetzen.

4. Energetische Gebäudesanierung in der Bundesrepublik: Wer soll die Kosten tragen?

Die energetische Gebäudesanierung ist eines der wichtigsten Handlungsfelder für Energieeinsparungen. Etwa 70 Prozent der rund 18 Millionen Wohngebäude in Deutschland sind vor dem Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung (1978) erbaut worden. Die politischen Interessenvertreter der Vermieter gehen davon aus, dass bei der anstehenden energieeffizienten Gebäudemodernisierung die anfallenden Kosten ohne Weiteres auf die Mieter umgelegt werden könnten und müssten. Die Bundesregierung plant eine entsprechende Änderung des Mietrechts. Alternativen zur Weitergabe der Kosten sind etwa:

- Die Deckelung der Modernisierungskosten von bisher 11 Prozent auf maximal sechs Prozent auf der Basis von Mustervereinbarungen (Deutscher Mieterbund und der Bundesverband der Verbraucherzentralen)
- Die Drittelung der Kosten, d.h. eine Aufteilung auf Staat, Vermieter und Mieter (Deutscher Mieterbund)
- Die Einführung von Sozialtarifen (Die LINKE)
- Eine Lösung in Anlehnung an den „Lastenausgleich“ in der Alt-Bundesrepublik oder ein „Notopfer der Vermögenden“ für zwei, drei Jahrzehnte. Die Forderung nach einer dem Modell des „Lastenausgleichs“ vergleichbaren Lösung, also einer Umverteilung, ließe sich als logische Folge der installierten „Schuldenbremse“ präsentieren, mit der sich der Staat selbst die Hände gebunden hat.

Die energetische Gebäudesanierung ist eine bundesweite Herausforderung, zugleich ist im Osten der Anteil der Mieter höher und der der Haus- und Wohnungseigentümer niedriger als im Bundesgebiet West. Viele Immobilien im Osten gehören westdeutschen oder ausländischen Eignern. Da ein großer Teil der ostdeutschen Mieter Niedriglöhne bezieht oder unter Hartz IV fällt, ist die Frage der Finanzierung der Kosten für die energetische Gebäudesanierung von existenzieller Bedeutung.

Für die Energiewende sind wichtige politische Rahmenbedingungen noch nicht gegeben, sie wird politisch zu wenig den ökologischen Erfordernissen gerecht und bleibt sozial blind. Es

droht eine weitere Spaltung der Gesellschaft, es verstärken sich Blockaden aus der Gesellschaft.

II.2.2. Wie wollen, wie können wir künftig arbeiten und leben?

Eine sozialökologische Transformation fordert und fördert die Erhöhung der Transformationsfähigkeit der Gesellschaft(en) – einen Zuwachs an Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Und dies aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten, Verflechtungen, Konflikt dynamiken in der Welt von heute nicht nur für die je eigene Gesellschaft. Ein solcher Perspektivenwechsel weist erhebliche Schwierigkeiten auf.

- Koordinaten eines anderen Arbeitens und Lebens 1: Rückkehr zur Vollbeschäftigung, Prinzip der annähernd gleichen Pro-Kopf-Verschmutzungsrechte, Emissionshandel und CO₂-Karten

Viele Bürger der Bundesrepublik gehen davon aus, dass sie >weiter leben wie bisher< oder gar >mehr vom Bisherigen< erwarten können – nur eben auf der Basis erneuerbarer Energien. Tatsächlich aber wird es mittelfristig global, national wie regional darum gehen, das >Prinzip der annähernd gleichen Pro-Kopf-Verschmutzungsrechte für jeden Erdenbürger< in Relation zur je gegebenen globalen bzw. regionalen ökologischen Tragfähigkeit anzuerkennen und durchzusetzen. Das aber bedeutet, dass die reale Pro-Kopf-Verschmutzung im globalen >Norden< sowie in Australien und Neuseeland und bei den Mittel- und Oberschichten des globalen >Südens< deutlich sinken muss. Ohne weitreichende Umstellungen etwa im Verkehrswesen, der Mobilität, in Siedlungsweise und Ernährung (weitgehend pflanzlich) hierzulande wird es nicht gehen. Zwar wird dieser einschneidende Wandel in Teilen der deutschen Gesellschaft durchaus antizipiert und reflektiert, von Minderheiten als unausweichlich herausgestellt, doch für maßgebliche Entscheidungsträger der Bundesrepublik und große Teile der Gesellschaft liegt die skizzierte Perspektive gegenwärtig jenseits ihres Vorstellungs- und ihres Handlungsvermögens. Einseitige Interessenpolitik, die Novellierung des EEG, fehlende sozialökologische Steueranreize etc. stehen dafür. Im Osten Deutschlands beziehen Erwartungen und Vorstellungen einer Angleichung der Lebensverhältnisse vielfach auf nicht zukunftsfähige, nicht aufrecht zu erhaltende Standards und Lebensqualitäten.

Gefragt sind Vorschläge, welche eingeführten Emissionshandel durch eine flächendeckende Einführung individueller CO₂-Karten für jedermann ergänzen. Im Hinblick auf die deutsche Einheit geht es darum, das Angleichungsparadigma aus seiner bisherigen Ost-West-Fixierung

zu lösen und auf die Gestaltung des sozial-ökologischen Umbaus umzustellen; Maßgaben, Kriterien, Indikatoren für >gleichwertige Lebensverhältnisse< sind neu abzustecken.

- Koordinaten eines anderen Arbeitens und Lebens 2: Vier-in-einem-Perspektive

Eine positive Vorstellung vom anderen Arbeiten und Leben – verbunden mit Zuwächsen an Freiheit, Gleichheit und Solidarität – hat Frigga Haug mit der >Vier-in-einem-Perspektive< auf den Begriff gebracht. Sie ist es wert, von der LINKEN aufgegriffen zu werden. Gemeint ist eine neuartige Balance zwischen (1) Erwerbsarbeit, (2) gesellschaftlichem Engagement, (3) direkter Unterstützung anderer (care work) sowie (4) eigener Entfaltung, und zwar für alle. Viele Menschen leben mit dauerhafter Mehrarbeit, viele andere leiden daran, dass sie aus regulärer Erwerbsarbeit herausgefallen sind. .

Das praktizierte Arbeits- und Beschäftigungsregime blockiert eine Balance, wie sie diese Perspektive aufmacht. Wege dahin werden sich auch mit dem sozialökologischen Wandel nicht automatisch finden. Heute geht es um Ansätze dafür, so mit dem Öffentlichen Beschäftigungssektor oder solidarischer Ökonomie (III).

II.2.3. Entscheidungsprozesse und Entscheidungskriterien durch demokratische Selbstorganisation und Partizipation verändern

Für den sozialökologischen Umbau gibt es keinen Masterplan. Deshalb spielen Diskurs, demokratische Selbstorganisation, Partizipation, Bereitschaft und Vermögen zur Korrektur einmal getroffener Entscheidungen(Revisionskompetenz) eine zentrale Rolle.

Für die *Veränderung von Entscheidungsprozessen wie Kriterien* ist die EU ein überaus wichtiges Handlungsfeld wie auch eine zentrale Arena. Es geht sowohl um eine Pluralität der Einstiege in den Umbau und eine diese Pluralität ermöglichende >Demokratisierung< der EU wie auch um eine Ausweitung der in der Bundesrepublik praktizierten Demokratie. Dies schließt indes vieles ein: die Stärkung des Parlaments und das Eindämmen von Kungelrunden, die kritische Wiederaneignung, Prüfung von Konzepten der Wirtschaftsdemokratie, die Ausweitung von Bürgerbeteiligungen (siehe auch 1.4.).

Mit den Umbrüchen in der Gesellschaft haben alle Parteien – nicht zuletzt die LINKE – mit erheblichen Pendelausschlägen in der Wählergunst sowie bei plebiszitären Verfahren zu rechnen. Was die für Transformationsfähigkeit erforderliche Revisionskompetenz von Akteuren und Institutionen betrifft, hat Ostdeutschland aus strukturellen Gründen gewisse Vorteile ge-

genüber dem Altbundesgebiet. Die größere >Revisionskompetenz< im Osten ist indes nicht nur vorteilhaft. Daher sollten übergreifende wichtige Weichenstellungen der sozialökologischen Transformation von Verfassungsrang im Grundgesetz und Länderverfassungen verankert und auf Dauer gestellt werden. Die Erfahrung der Schweiz lehrt zudem, dass es Themen (Minderheitenrechte) gibt, die auf keinen Fall Gegenstand von Plebisziten sein dürfen. Zudem muss eine höhere Partizipation, Wahrnehmung demokratischer Möglichkeiten auch von Menschen in prekären Lebenslagen oder „Zonen der Verwundbarkeit“ erreicht werden. Dies geht nur über praktische Teilhabemöglichkeiten, erkennbaren Nutzen und Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten. Für eine solche Demokratisierung kann der sozialökologische Umbau Voraussetzungen schaffen.

TEIL III: ANSÄTZE, SCHRITTE ZU EINEM PFADWECHSEL – BEISPIELE UND EINSTIEGSPROJEKTE

III.1. Herausforderungen und Konstellationen

Der globale Pfadwechsel bzw. die „Große Transformation“ kann nur lokal, regional und im Kleinen begonnen werden. Das haben wir begründet (I), für zentrale Handlungsfelder sind die Konstellationen bzw. Rahmenbedingungen aufgezeigt (II). Einer allgemein konstatierten Transformationsnotwendigkeit hinkt die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft hinterher. Dies kann als Fazit jüngster Politikentwicklung stehen. Die Frage nach Alternativen, nach Projekten und Initiativen eines sozialökologischen, solidarischen Gesellschaftsumbaus und zu reklamierenden Erfahrungen wird unterstrichen.

Mit der systematischen Begründung des Perspektivenwechsels auf Projekte und Initiativen finden sich zugleich Leitlinien und Orientierungen der praktizierten Fallauswahl, Indikatoren. Erst mit einer zu belegenden Relevanz schließt sich der Bogen zwischen „Großer Transformation“ und Beginn im Kleinen, werden Projekte und Initiativen identifizierbar als *Beispiele* und *Einstiegsprojekte* für den sozialökologischen, solidarischen Pfadwechsel.

*Der Perspektivenwechsel ist begründet aus der Einsicht, dass ein so gravierender gesellschaftlicher Strukturwandel nicht nach Plan oder Design erfolgen und nicht einfach politisch deklariert werden kann. Erforderlich ist eine Fülle von experimentellen Suchprozessen, von Aus- und Aufbrüchen. Festgefahrene Gewohnheiten, institutionelle Routinen und die mit einem spezifischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verankerten Interessen lassen sich nicht einfach aushebeln. Es bedarf der vielen Ansätze an Nischen und Nahtstellen, es bedarf einer kreativen, innovativen Vielfalt. Diese ist in den Blick zu nehmen.

*Experimentelle Suchprozesse sind notwendig offen und nicht in jedem Fall oder automatisch erfolgreich. Sie sind nicht beliebig, bewegen sich in einem Rahmen, der als „ökologisch“, „sozial“ und „solidarisch“ hinreichend konkret gesetzt ist. Andere Experimente und Suchprozesse sind möglich – mit dem Ziel einer progressiven gesellschaftlichen Entwicklung kann auf keine der drei Orientierungen verzichtet werden. Der Wandel ist ein umfassendes, komplexes Projekt (Hermann Scheer). Diese Komplexität ist für die einzelnen Beispiele nachzuweisen.

*Projekte und Initiativen praktizieren den „Einstieg in den Umstieg“, darin liegt ihr materialer Gehalt. Für die Energiewende gilt das in ganz besonderem Maße, hier werden ökonomische und technologische Potenziale des Wandels geschaffen. Zugleich sind solche Projekte und Initiativen Erfahrungsräume für Akteure, für die lokale Bevölkerung. Darin liegen erhebliche Konsequenzen ihrer Umsetzung, evolutionären Wirksamkeit. Im positiven Fall werden Machbarkeit und Nutzen der Energiewende erfahren, und ersichtlich werden erforderliche und mögliche Änderungen in Lebensweise oder Lebenswelt. Der kulturelle Wandel, ohne den ein so umfassender Pfadwechsel nicht zu haben ist, erfährt seine praktisch-lebensweltliche Begründung: Erfahrungs- und Lernprozesse für ein „gutes Leben“ jenseits der Wachstumszwänge.

*Der praktischen Teilhabe an Projekten und Initiativen kommt im Sinn einer Selbstermächtigung, Emanzipation der Bevölkerung, der Zivilgesellschaft und der anderen beteiligten Akteure eine große Rolle zu. Solidarisches Handeln in Gemeinschaften, aktive Partizipation und Mitwirkung an demokratischen Prozessen, die Erfahrung eigener Gestaltungskraft. Eine Utopie wird praktisch oder real (E.O. Wright). Insofern müssen Projekte und Initiativen offen sein, einladen zur Mitwirkung.

*Der „Wert“ solcher Aktivitäten liegt insofern nicht in ihrem Erfolg „an sich“. Nicht nur ist in Such- und Experimentierprozessen ein Scheitern, der Abbruch eines Weges unvermeidlich, mehr noch liegt ein erheblicher Nutzen in der Praxis, im Prozess selbst. Sie sind so Agenturen sozialer, kultureller Veränderung. Zugleich muss es um Verstärkungen, um Stabilisierungen und Ausweitungen gehen. Projekte und Initiativen erhöhen mit ihrer Verbreiterung die Transformationsfähigkeit der Gesellschaft, es bedarf institutioneller Absicherung und Unterstützung, in dem Sinn geht es um einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ (WGBU).

Die Relevanz der Beispiele liegt in ihren praktischen Beiträgen zur Gestaltung des Umbruchs, sie sind zu verstehen als Ansätze für den praktischen Umbau hin zu einer sozialökologischen, solidarischen Gesellschaft. Sie tangieren alle gesellschaftlichen Handlungsfelder, sie kommen aus der ganzen Breite der Gesellschaft. So sind sie für linke Politik Anregung wie Herausforderung. Es wird zu zeigen sein, dass und wie sich – bei aller Spezifik – die Perspektive des sozialökologischen, solidarischen Umbaus als innerer roter (!) Faden durch die Handlungsfelder zieht.

III.2. Gestaltung der Energiewende – Voraussetzung eines anderen Wirtschaftens

Der aktuelle politische Streit geht nicht mehr um die Frage, ob eine Energiewende erforderlich ist, sondern wann, wie, in welchen Schritten und mit welchen Konsequenzen. Die Perspektive einer dezentralen Energiewende wurde begründet. Eine dezentrale Energiewende ist verbunden mit sozialen wie demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Im Wechsel hin auf kleinere, lokal und regional agierende Unternehmen, auf vielfältige Eigentumsformen und Akteure, auf eine lokale Verankerung und Beteiligung liegt angesichts der Blockaden und Risiken einseitiger Marktmacht und großtechnischer Ansätze die Chance für eine Wende.

In Ostdeutschland gibt es Beispiele und Erfahrungen der Umsetzung dieser Strategie. Nachweisbar sind Effekte, die technisch-technologische Lösungen, preislich tragfähige Realisierung, stabile Selbstversorgung. Akteure vor Ort sind einbezogen. Mit Bürgerwindparks, ver-

schiedenen Beteiligungsformen, vor allem mit Energiegenossenschaften lässt sich ein Schub zu direkter Bürgerbeteiligung ausmachen. Das geht über bloße Akzeptanz hinaus. Auseinandersetzungen um angestrebte Rekommunalisierungen und die Eigentümerschaft der Energienetze werden sich zuspitzen. In diesen politischen Auseinandersetzungen engagiert sich DIE LINKE seit einiger Zeit aktiv und konstruktiv.

Viele Bestrebungen verbinden sich mit Maßnahmen einer Rückübertragung von Stadtwerken in kommunale Eigentümerschaft, der Stärkung und Profilierung von kommunalen Stadtwerken. Deren zentrale Bedeutung für die Energiewende wird seit einigen Jahren betont und mit aktiver Lobbyarbeit (EUROSOLAR etc.) untersetzt. Die Stadtwerke wären zu umfangreichen Investitionen in der Lage, mit denen sie ihren derzeitigen Marktanteil von 9,2 % bis 2020 verdoppeln könnten, sie würden so aktiv den Weg in eine „Nach-Atom-Zukunft“ untersetzen.

Beispiel: Stadtwerke Neustrelitz

Die Stadtwerke Neustrelitz setzen seit etwa zehn Jahren erfolgreich auf erneuerbare Energien. Die Stadt wird als eine der ersten ihren Strombedarf vollständig und ihren Wärmebedarf überwiegend aus erneuerbaren Energien decken. Die Stadt definiert sich selbst über soziale und ökologische Nachhaltigkeit, als *Stadt der erneuerbaren Energien*. Die zentrale Rolle dafür liegt bei den Stadtwerken, die zu 100 % im kommunalen Eigentum sind.

Die kombinierte Strategie, Energieeffizienz zu steigern und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu betreiben, wird systematisch verfolgt: Erdgastankstelle, Biogasanlage, Photovoltaikpark; unterstützt wird ein Bürger-Solarverein, der drei kleine Solaranlagen betreibt. Der wirtschaftliche Erfolg ist beträchtlich und gesichert, mittlerweile sind auch große Investitionen möglich, finden sie die Zustimmung der Stadtvertreter.

Das Beispiel dieses Stadtwerkes zeigt viele Hürden und Schwierigkeiten, denen sich dezentrale und lokale Innovationen ausgesetzt sehen. Sie reichen von der normalen Bürokratie bis zur konkreten Machtpolitik der großen Stromkonzerne. Deutlich wird die zentrale Rolle der Netzeigentümerschaft. Das Stadtwerk hilft sich durch ein eigenes regionales Netz. Die Bundesbürokratie unterstützt bisher einseitig die Monopolisten.

Die Stadtwerke Neustrelitz gehen bewusst über rein wirtschaftliche oder energetische Orientierungen hinaus. Die Teilhabe der Beschäftigten wie der Bürger der Stadt ist die unverzichtbare Kehrseite einer erfolgreichen Umstellung auf erneuerbare Energien. Dazu gehören beispielsweise geregelte Tarifröhne, Ausbildungsplätze, Qualifizierung oder aber die günstigen Energiepreise, Beratung und unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen für Kunden. Hauseigentümern wird für Photovoltaik-Anlagen längerfristig ein Solarbonus gezahlt.

In Ostdeutschland war es nach 1989 Kommunen gelungen, die Eigentümerschaft über die Stadtwerke zu behalten. Andere Stadtwerke wurden wieder übernommen, für Städte wie etwa Berlin sieht DIE LINKE die Bildung von Stadtwerken in kommunaler Eigentümerschaft vor. Viele der Stadtwerke sind keine Filialen großer Energieunternehmen, sondern agieren eigenständig und engagieren sich im Ausbau von Kapazitäten erneuerbarer Energien. Größe und organisatorische Vielfalt der Stadtwerke variieren beträchtlich, Fehlentwicklungen („kommunaler Filz“) sind nicht zu verschweigen, zudem werden sich erhebliche Veränderungen ergeben. Aktive und stabile Stadtwerke arbeiten häufig erfolgreich mit anderen Initiativen im Be-

reich erneuerbarer Energien – Bürgerkraftwerken, Vereinen oder Energiegenossenschaften – zusammen; so ergeben sich im lokalen Kontext größere Beteiligungschancen und Synergien.

Stadtwerke nutzen einen breiten Mix von erneuerbaren Energien, zu dem vor allem Wind und Photovoltaik gehören. In den ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist zudem stärker auf die Nutzung von Bioenergie hinzuweisen, deren Anteile an Strom und insbesondere Wärmezeugung schon beachtlich sind. Nach eher zögerlichen Entwicklungen in Deutschland kommt es seit einigen Jahren zu einer rasanten Ausbreitung von diesbezüglichen Projekten und Initiativen. In Ostdeutschland ragen Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen heraus. Neben einzelnen Bioenergiedörfern, deren Zahl sich in den letzten zwei Jahren etwa verzehnfacht hat (für 2010 werden für Deutschland 75, für Ostdeutschland 11 aufgeführt), haben sich energieautarke Regionen konstituiert.

Bioenergiedörfer – Feldheim, Zschadraß

In Ostdeutschland hat jüngst die Gemeinde Feldheim in Brandenburg Aufmerksamkeit erregt. 2010 hat sich der Ortsteil mit seinen 140 Einwohnern vom Energienetz abgekoppelt. Seitdem wird der Strom von den Windanlagen, einer Biogasanlage bezogen und steht eine Holzhackschnitzel-Heizung in Reserve. Ausschlaggebend war die Gemeinsamkeit von Ökostromanbieter und Bevölkerung, wesentlicher Schlüssel die finanziellen Anreize. Strom und Wärme sind deutlich günstiger, zugleich sind die Einwohner direkt finanziell beteiligt. Eigentümer haben sich in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen. Der energieautarke Ort hat Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren geschaffen, erschließt Chancen für die Jugend des Ortes, baut Bildung- und Ausbildung auf.

Die Gemeinde Zschadraß nennt sich mit einem ihr verliehenen Prädikat „Energiespargemeinde“. Mit den unterschiedlichen energetischen Sanierungen und Energieanlagen im Bereich regenerativer Energien – Photovoltaik-Anlagen, Windräder, Holzhackschnitzelheizung – erzeugt die Gemeinde schon seit einigen Jahren mehr Energie, als sie verbraucht. Die Nutzung ist ausgedehnt auf das im Ortsteil gelegene Fachkrankenhaus, ein kommunaler Kleinbus wird mit Bioethanol betrieben.

Die wirtschaftliche Umsetzung ist beachtlich, vor allem mit der sinnvollen Verbindung der unterschiedlichen Energieprojekte. In Zschadraß hat eine glückliche Fügung die „richtigen“ engagierten Akteure zusammengebracht. Letztlich war wichtig, dass die Kommune sich durch Stiftung und Bürgerverein eine ausreichende demokratische Legitimation für ihre Finanzentscheidungen geschaffen hat.

Waren zunächst klare finanzielle Engpässe Anlass zum Handeln, so ist daraus ein breiter sozialer Anspruch geworden. Der Strom füllt die Kassen von Stiftung und Bürgerverein, finanziert wird ein Kleinbus, den auch Vereine des Dorfes nutzen, unterstützt wird das Schulessen. Künftig soll es kostenlose Kitaplätze geben – bezahlt durch Windkraft. Weiter ausgebaut wird Bürgerbeteiligung, etwa mit Testanlagen für Photovoltaik. Gewinn von Erfahrungen, Ausräumen von Vorurteilen. Bürger und Kommune haben ihren Handlungsspielraum beträchtlich erweitert, sie sind nicht mehr Bittsteller um Zuschüsse, sie haben eigene Ressourcen. Die Verbindung von Ökologischem und Sozialem wird zum Modell selbst bestimmter kommunaler Entwicklung.

Bei Bioenergiedörfern steht und fällt die Entwicklung noch mehr als die der Stadtwerke mit einer vielfältigen Einbeziehung lokaler Akteure – Unternehmen wie Kommunen –, mit der

lokalen Teilhabe der Bevölkerung und der möglichen positiven Erfahrbarkeit der Umsetzung. Erfolgreiche Entwicklungen belegen dies.

Kooperationsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Gestützt auf längerfristigen Vorlauf in einzelnen Bioenergiedörfern vollzieht sich in Mecklenburg-Vorpommern die dynamische Entwicklung eines breiten Kooperationsnetzes von Bioenergiedörfern. Antworten auf den Klimawandel, regionale Wertschöpfung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung sollen direkt miteinander verbunden, erneuerbare Energien zum Antrieb für erweiterte Handlungsspielräume der Kommunen werden. Bioenergie ist auf ökologisch vernünftige Weise zu gewinnen, nicht durch Maiswüsten, Monokultur oder Belästigung der Bevölkerung. Es geht um Einkommen, Lebensqualität und lokalen Umweltschutz.

Bewusst wurde über die Einzelgemeinde hinaus gegangen. Zunächst waren es etwa 15 unterschiedliche Kooperationspartner, mit Stand März 2011 68 Gemeinden. In 10 Jahren sollen 500 Bioenergiedörfer zum Kooperationsverbund gehören. Gemeinsame Strategie, kollektive Interessenvertretung, die Implementierung übergreifender Unterstützungsstrukturen sind wichtige Punkte. Jedes Dorf soll die Zielkriterien (100 % Strom aus erneuerbaren Energien, 75 % der Wärmeversorgung) erreichen, und neben dem Energieexport soll in sparsame Mobilitätsprojekte investiert werden – Umstellung der Lebensweise.

Es gibt praktische Erfolge, Hindernisse, Konflikte und Enttäuschungen bleiben nicht aus. Sichtbar und wirksam ist die mobilisierende Wirkung dieser einzigartigen Kooperationsbewegung. Stabil im „Boot“ sind Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

Die aufgezeigten Beispiele zeigen die ökonomische, die technisch-technologische und finanzielle Machbarkeit regionaler, dezentraler Energieerzeugung. Negative Begleiteffekte, die für Windenergie oder Bioenergie behauptet werden und sich bei großtechnischen Lösungen finden, können ausgeschlossen werden. Neben den Effekten einer ausreichenden und stabilen Erzeugung regenerativer Energien und deren preisgünstigem Absatz sind beachtliche „Nebeneffekte“ festzuhalten. Die Wertschöpfung führt zu lokaler, kommunaler Handlungsfähigkeit, ermöglicht weitere lokale Entwicklungen und generiert zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Projekte dieser umfassenden Energiewende schaffen sich wesentliche Voraussetzungen selbst, alternatives, selbstorganisiertes Wirtschaften ist möglich. Das ist nicht nur ein Weg regionaler, lokaler Stabilisierung, sondern öffnet die Chance zu anderen Lebensweiseformen, zu nachhaltigeren Lebensmodellen – nicht nur *andere* Energie, sondern *weniger* Energie.

III.3. Anders wirtschaften – Auswege aus dem regressiven Wachstumsmodell

Energiewende und „Grenzen des Wachstums“ hängen zusammen, es geht nicht nur um andere Energien, ebenso erforderlich sind Einsparen, Vermeiden. Gesucht wird neben dem Kraftwerk erneuerbarer Energien vor allem ein „Einsparkraftwerk“ (Michael Müller). Es sind die zerstörerischen Einseitigkeiten eines umfassenden und für moderne Gesellschaften gleichsam bestimmenden Wachstumsmodells, in denen *Notwendigkeit* wie *Unmöglichkeit* der Energiewende liegen. Die Fortsetzung eines Wachstumsmodells, in dem Gewinnmaximierung und be-

triebswirtschaftliche Kalküle verselbständigte Treiber sind, erzwingt gleichsam Energieverschleuderung.

Für Ostdeutschland ist die Situation doppelt kritisch. Die massive Deindustrialisierung war zugleich von einer strikten Wachstumsorientierung begleitet, die zu erheblichen regionalen und sozialen Verwerfungen geführt hat. Es sind einige der „glänzenden“ Infrastrukturprojekte, die den Umbau blockieren: Noch immer leere Gewerbegebiete, große Abwasseranlagen. Die modifizierten Konvergenzziele scheinen ohne große Unternehmen und traditionelle, energieintensive Branchen nicht einlösbar. Wo wird die unmögliche Wende möglich?

Viele der in Ostdeutschland erfolgreichen Reindustrialisierungen in innovativen Branchen, beispielsweise der Photovoltaikbranche, verbinden sich mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und diese „flankierende“ Wissenschafts- und Serviceeinrichtungen. Es haben sich Innovationsräume gebildet, Innovationsstandorte neuer, „sauberer“ und auch ressourcensparender Produktion. Solche KMU-Netze werden häufig unterschätzt. Deren Schwäche und auch problematische Entwicklungen sind nicht zu übersehen – unter dem Gesichtspunkt einer erforderlichen Wende sind sie jedoch längst mehr als Lückenbüßer: Manche dieser KMU agieren erfolgreich global, sie haben sich in Bereichen wie neuer Energietechnik oder Umwelttechnologien platziert, zudem sind sie zum großen Teil regional vernetzt und integriert. Forschungsverbünde, Netzwerke, eigenständige Hilfe- und Unterstützungsstrukturen (Stiftungen zur Sicherung von Fachkräften, Arbeitgeberzusammenschlüsse zum Austausch von Beschäftigten etc.) machen sie zu stabilen und flexiblen Schlüsselakteuren im anstehenden Umbau. Auf Partnerschaften mit Stadtwerken oder die Beteiligung an Bioenergiedörfern wäre zu verweisen.

Das verweist auf bereits existierende regionalwirtschaftliche Ansätze. Andere sind mit sich ausbreitenden Regional- oder Dorfökonomien verbunden. Natürlich sind Bioenergiedörfer dafür Beispiele, ebenso können KMU-Netzwerke beteiligt sein. Es geht darum, dass die Sicherung ländlicher Entwicklung und integrierter Dorfentwicklung im Mittelpunkt stehen. Insofern sind Formen und Ansätze, eingesetzte Instrumente, beteiligte Organisationen und Akteure überaus vielfältig. Wirtschaftliche Perspektiven sind ökologisch ausgerichtet, wollen aber die lokale Wirtschaft insgesamt stärken. Häufig einbezogen werden soziale Projekte und kulturell-künstlerische Aktivitäten für die Stabilisierung des lokalen Zusammenhangs. Aktivitäten haben sich aus den Lokale Agenda 21-Prozessen heraus entwickelt; bemerkenswert ist die in Brandenburg betriebene Vernetzung solcher Projekte in einer AG „Lebendige Dörfer“. Es geht um alternative Entwicklungsmöglichkeiten angesichts prekärer, gefährdeter Daseinsvorsorge, um nachhaltige Wertschöpfung, soziale Teilhabe und Stärkung der Dorfgemeinschaft. Es geht um Regionalentwicklung, wo im Paradigma der Wachstumsökonomie einzig der Rotstift agieren könnte. Das eint die eher großen, wirtschaftlich schon stabilen Ansätze

wie etwa in Brodowin mit kleinen und immer wieder gefährdeten dörflichen Tauschgemeinschaften.

Zempow

Über das Dorf Zempow im Nordwesten Brandenburgs, in dem Biolandwirtschaft, Energieholzgewinnung und konventionelle Projekte betrieben werden, heißt es in der Würdigung eines ökologischen Wettbewerbs: „Durch die geschickte Verknüpfung wirtschaftlicher und gemeinnütziger Aktivitäten wird in Zempow eine Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange erreicht.“ Heute etwa ist eine Bio-Ranch landwirtschaftlicher Betrieb, Demonstrationsbeispiel für ökologischen Landbau, Chance für Tourismus und Bildung. Das Engagement der Akteure ist beeindruckend, die Vermarktung der Bioprodukte bleibt schwierig, finanzielle Engpässe wie auch immer wieder Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen im Dorf halten die Dynamik ebenso offen wie prekär.

Modelldorf Hirschfelde

Geschlossene regionale Wertschöpfung auf Grundlage strikter ökologischer Produktion ist der Ansatz für dieses Dorf in der Nähe Berlins. Viel hängt hier zusammen mit der Zuwanderung eines prominenten Ehepaares aus der Schweiz, allerdings auch einiges an Neid und Konflikten. Dorfentwicklung und die Wiedererlangung und Stärkung produktiver, eigenwirtschaftlicher Grundlagen dörflicher Gemeinschaft vertragen sich häufig nicht mit Ausstiegs- und Ruhebedürfnissen aufs Land flüchtender Großstadtbewohner.

Der Brückenschlag zur dörflichen Bevölkerung wie auch die Einbindung der kommunalpolitischen Akteure sind gelungen. Der Unterstützungsverein heißt nicht zufällig „Alternativen für Zukunft e.V.“, denn darum geht es: Durch regionale Wertschöpfung, die auf ökologischer Haltung und Vermarktung beruht, soll die Region lebendig und krisenfest gemacht werden. Eine solche Gemeinschaft schließt Eigeninteressen und Eigennutz nicht aus, an einer sich entwickelnden Dorfökonomie können alle teilhaben. Der Gewinn bleibt im Dorf.

Stehen bei diesen ländlichen Projekten die lokale Wertschöpfung, die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Nahversorgung – von Wasser/Abwasser bis zu Schule oder Kultur – angesichts demografischer Einschnitte im Mittelpunkt, so sind mit Deindustrialisierung wie Wachstumspolitik die ostdeutschen Städte, städtischen Räume nicht weniger von sozialen Verwerfungen charakterisiert: Wohnungsleerstand und Büro- und Gewerbeflächen, Siedlungsbrei und Einkaufszentren am Stadtrand, lange Fahrtwege und hohe Motorisierung.

Erfahrungen mit dem „Stadtumbau Ost“ sind unterschiedlich, einige der frühen Fehlentwicklungen konnten korrigiert werden, kommunale Lernprozesse lassen sich nachweisen. Es geht darum, Gestaltungsantworten auf eine Postwachstumsökonomie zu finden, deren Hauptcharakteristikum Schrumpfung ist. Dafür gab es weder Rezepte noch Institutionen.

Regionales Wirtschaften und die entsprechende Anpassung städtischer und ländlicher Infrastruktur, von Wohn- und Lebensmodellen, sind Alternativen zu einer sich selbst zerstörenden Wachstumsökonomie, allein auf Transportwege und Pendlerströme lässt sich verweisen. Befördert werden solche regionalwirtschaftlichen Möglichkeiten gerade mit den erneuerbaren

Energien. Für Ostdeutschland steht als Alternative die aktive Teilhabe und Chance von Regionen oder die Funktion als Energieversorger und Abfallentsorger für andere Regionen

Beispiel: Internationale Bauausstellungen

In Ostdeutschland gab es in etwa zeitgleich zwei größere Internationale Bauausstellungen, die sich unterschiedlichen Gestaltungsfeldern – einmal dem Umbau einer durch Bergbau geschädigten Landschaft, dann dem Stadtumbau – widmeten, die sich aber in gewisser Hinsicht gemeinsam von bisherigen Bauausstellungen unterscheiden und gerade so zu sehr eigenständigen Erfahrungen gekommen sind. Beide IBA standen vor der Herausforderung, angepasste Strategien für eine Perspektive des Schrumpfens zu entwickeln, beim Umbau der Landschaften wie beim Umbau der Städte. Die Baukultur musste zu einer Rückbaukultur werden.

Insofern sind experimentelle Offenheit, Suchprozesse mit möglichst vielfältigen Akteuren und aktiver Einbeziehung der Bevölkerung als Kernpunkte einer neuen Planungskultur festzuhalten. Die IBA konnte nicht einfach die Richtung vorgeben, sondern musste Lernprozesse moderieren, die den lokalen Akteuren helfen, auf eigene Wege zu kommen. Eine Vielzahl von Antworten auf die energetische, die ökologische Herausforderung.

Die am Start befindliche IBA Berlin 2020 schließt offensichtlich bewusst an diese Erfahrungen an und transportiert sie in den städtischen Raum. Eine neue Planungskultur setzt auf Partizipation, die breite Beteiligung an Entscheidungen; gesucht wird nach Antworten auf den Klimawandel und nach angemessenen alternativen Konzepten des Wirtschaftens und von Stadtgestaltung. „Stadt-machen“ – die Stadt soll im umfassenden Sinn ökologisch und demokratisch weiterentwickelt werden. In Zeiten knapper Kassen kann der Bürgerwille zur Ressource werden – „Stadtkapital“. In ihrer Anlage ist noch vieles offen, politisch umstritten, sozial und ökologisch ließe sich „zulegen“. Dennoch: Begrenzte Projekte, so die IBA, können positive Erfahrungen verstetigen.

III.4. Anders arbeiten

Mit dem Bereich der erneuerbaren Energien verbinden sich seit Jahren Beschäftigungseffekte, ebenso weisen Stadtwerke solche nach. Bei Bioenergiedörfern zeigen sich schon Engpässe an Fachkräften. Ressourceneinsparungen müssen nicht automatisch zu Arbeitsplatzabbau führen, zudem öffnen sich Bereiche einer Reproduktionsökonomie – Pflege-, Gesundheitsbereiche etc. Allerdings wird es nicht ohne komplizierte Übergangsprozesse, zum Teil schwierige Anpassungen gehen. Der sozialökologische, solidarische Pfadwechsel verweist auf Grenzen des bisher praktizierten Arbeits- und Beschäftigungsmodells. Das gilt nicht nur für Bezahlung, Arbeitszeiten, Arbeitsorganisation, das gilt für eine Vielfalt von Arbeitsformen (Vier-in-einem-Perspektive). Erforderlich sind Experimente und Suchprozesse.

Ostdeutschland hat über die vergangenen Jahrzehnte beim zu bewältigenden Übergang in die Marktwirtschaft markant die Grenzen des bisherigen Modells erfahren. Das gilt für jahrelange ABM-Schleifen wie für die mit Hartz IV eingeleiteten Korrekturen. Soziale Gruppen sind dauerhaft von Erwerbsarbeit ausgeschlossen, stecken im Niedriglohnsektor.

Bedeutsam sind Ansätze und Erfahrungen in einem breiten Spektrum solidarischer Ökonomie. Praktiziert werden Bedarfsorientierung, statt Gewinnorientierung, gemeinschaftliches Agieren, breite Teilhabe, freiwillige Kooperation, Selbstorganisation. In dem Sinn kommt ihnen für das Wiedererlangen von Selbstbestimmung Bedeutung zu. Neben Bürgergemeinschaften,

Energiegenossenschaften sind dörfliche Kooperationen markant, die einen sehr engen Zusammenschluss von Agrarproduzenten und lokaler Bevölkerung verfolgen (CSA – corporate supported agriculture); eigenständige betriebliche Aktivitäten, kooperative Abnehmerstrukturen, Vernetzungen in der Produktionsvorbereitung (Saatgutallmende) etc.

Eine lange wenig entwickelte und sichtbare Genossenschaftsbewegung – immerhin gibt es über 8.000 in Deutschland mit etwa 18 Mio. Mitgliedern – hat sich sowohl mit den Änderungen im Genossenschaftsgesetz 2006 wie dem Bereich erneuerbarer Energien ausgeweitet. In Ostdeutschland, wo den Agrargenossenschaften eine Sonderrolle zukommt, gibt es vielfache Neugründungen, im Energie- und Wasserbereich, im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich. Die Zahl der Neugründungen hat sich in zwei Jahren etwa vervierfacht (von 70 2006 auf 280 2008). Entwicklungen sind häufig prekär, es gibt Rückschläge, Organisationsformen und Ziele von Genossenschaften können vielfältig sein. Wichtige Erfahrungen und Impulse sind mit gemeinschaftlichen Finanzierungsinstrumenten verbunden.

Bürgerkonsum Bad Schlema

Wie in vielen ländlich-peripheren Regionen führte auch in diesem sächsischen Ort der Bevölkerungsrückgang zur Schließung „unrentabler“ Versorgungseinrichtungen. Engagierte Einwohner, Unternehmer und Kommunalpolitiker widersetzten sich dieser Verödung: Schon ein Jahr nach der Schließung kam es zur Neueröffnung des Ladens in Form einer Genossenschaft. Es ging nicht ohne Schwierigkeiten und kritische Phasen. Mit den Genossenschaftsanteilen (je 150 EUR) war das erforderliche Gründungskapital nur zu etwas mehr als der Hälfte zu beschaffen, der Wettbewerb mit den Discountern bleibt ein Problem. Dennoch hat sich das Einkaufszentrum über seine nicht zu ersetzende Nahversorgungsfunktion (vornehmlich für Rentner) stabilisiert. Das ist auch der entscheidende Punkt, wo dieses Projekt zunehmend Nachahmer findet; die nach rein wettbewerblichen und finanzstatistischen Kriterien erfolgenden Schließungen von Schulen, Freizeiteinrichtungen und eben auch Dorfläden führen vielfach zu sozial toten, wenig zukunftsfähigen Schlafdörfern. Der genossenschaftliche Laden hat, so der Bürgermeister, einen Beitrag geleistet, um den Ort am Leben zu erhalten.

Urstromtaler

Tauschsysteme, eigenständige regionale Währungen sind für regionale und lokale Ökonomien wichtige Instrumente; sie können sowohl als Unterstützung für ökonomische Ansätze wie die aufgeführten Dorfökonomien wie als eigenständige Solidarformen des Austauschs dienen. Das Geld soll vor Ort bleiben und dem Gemeinwohl dienen, Ziel ist der Nutzen für die Menschen in der Region. Die einzelnen Regionalwährungen, die auch in ostdeutschen Regionen etabliert sind, unterscheiden sich. Beim Urstromtaler in Sachsen-Anhalt gibt es Investitionskredite, für die kein Zins gezahlt wird. Dies wird durch ein eigenes Kreditvergabesystem möglich, das Regiogeld führt zu Wertschöpfung vor Ort, denn im Kreislauf kann das Geld immer wieder anderen Personen zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist jeweils, das Unternehmen mit einbezogen sind und die Währung akzeptieren. Mit dem Urstromtaler konnte eine Bürgersolaranlage finanziert werden. Möglich ist eine Kombination mit dem Euro, die genutzt werden kann, um Vereine zu unterstützen.

Projekte gemeinwirtschaftlicher und gemeinschaftlicher Organisation haben erhebliche Schwierigkeiten, erforderliche und als regional wichtig angesehene Tätigkeiten (Aufrechterhaltung einer sozialen Infrastruktur) zu finanzieren. Dabei ist neben der regionalen Stabilisierungsfunktion im selbstbestimmten und solidarischen Arbeiten gerade ihr Kern zu sehen. Die-

ser wird mit den erforderlichen unterschiedlichen Überbrückungsmöglichkeiten, etwa Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung (Ein-Euro-Jobs) gefährdet. Projekte bleiben hochgradig prekär und abhängig, Beschäftigungseffekte sind begrenzt. Statt die komplementäre Rolle solcher Unternehmungen zur Privatwirtschaft zu stützen, werden sie in die von Lückenbüßern geschoben. Umso bemerkenswerter sind die vielen Initiativen, in denen solidarisches Arbeiten praktiziert wird (dazu auch III.6.).

Arbeitsmarktpolitische Instrumente (wie Bürgerarbeit, Kommunalkombi u.a.) sind keine Alternativen. Positive Erfahrungen verbinden sich vor allem – trotz erheblicher Einschränkungen, Beschränkungen – mit einem Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), wie ihn die LINKE über Jahre in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert hatte und in Berlin erfolgreich verankern konnte: Eine festgeschriebene Mindestbezahlung von 7,50 EUR führt zu einem existenzsichernden Einkommen von 1.300 EUR (Brutto). Damit ist der ÖBS für die Teilnehmenden in der Tat ein Türöffner zu gesellschaftlicher Teilhabe und Gleichberechtigung. Mit den möglichen drei Jahren wird Kurzfristigkeit vermieden, die durchgesetzte Weiterführung für etwa 6.500 Personen bis 2014 ergibt sich durch die erreichte Kombination von Bürgerarbeit und ÖBS.

Über die schlichten Beschäftigungseffekte hinaus sind positive Effekte für die Beteiligten belegt, der erreichte Konsens zwischen den unterschiedlichen Berliner Akteuren ist als Erfahrung hervorzuheben. Trotz geschickter Ausnutzung gegebener Spielräume – hinsichtlich emanzipatorischer Ansprüche bleiben Chancen begrenzt. Ein Grund ist die Unmöglichkeit, passive Leistungen der Jobcenter für nicht vermittelbare Langzeitarbeitslose zu aktivieren.

Darin liegt eine wesentliche Crux für die unterschiedlichen Ansätze solidarischer oder/und sozialer Ökonomie. Zudem haben sich Abgrenzungskriterien in einem solchen Maße verfestigt, bürokratisiert, dass etwa Übergangs- oder Mischformen zwischen den unterschiedlichen Arbeitsmarkt Bereichen nicht möglich sind. Beispiele für einen sozial-wirtschaftlichen Arbeitssektor sind so noch rar.

Horizont – Sozialwerk für Integration GmbH

Das im Süden des Landes Brandenburg angesiedelte Sozialwerk unternimmt die Förderung von Langzeitarbeitslosen mit besonderen Zugangsproblemen zu Erwerbsarbeit. Der Zweck besteht darin, Menschen, denen dies auf Dauer verwehrt erscheint, zu ermöglichen, ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Erwerbsarbeit zu sichern. Horizont will insofern ein Sozialwerk für Integration sein – tatsächlicher und dauerhafter Integration, nicht simulierter.

Abgeschlossen werden im Sozialwerk betreute sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die die Möglichkeiten wirtschaftlicher Tätigkeit einschließen. Insofern geht es notwendig darum, entsprechende Rahmenbedingungen für die Förderziele zu schaffen.

Nach über drei Jahren sind 60 Personen im Sozialwerk angestellt, 45 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose. Gearbeitet wird an acht Standorten, die Produktpalette ist breit. Zentral bleibt die erreichte Teilhabe für Menschen, die ansonsten keine Chance mehr gehabt hätten.

Das Sozialwerk hat, wie andere Initiativen sozialer oder solidarischer Ökonomie, Anerkennungs- und damit Umsetzungsprobleme. Deutschland zieht nach wie vor weit restriktiver Grenzen, als dies etwa Länder wie die Niederlande oder Belgien tun, regional modifizierte Lösungen sind kaum möglich. Soziale Gruppen bleiben ausgegrenzt. Bedarfe nach solchen Tätigkeiten und positive Erfahrungen, die im (nicht existierenden) „dritten Sektor“ gemacht werden, sind Argumente für eine anstehende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

III.5. Partizipation, Demokratisierung

Die gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat mit einseitigen Privatisierungen und ausgeprägter Lobby- wie Interessenpolitik zum Rückgang an politischer Partizipation und demokratischer Mitwirkung geführt. Der angestrebte Pfadwechsel verlangt eine Re-Demokratisierung im umfassenden Sinn – aktive Beteiligung und so Selbstermächtigung der Akteure, effektive Vertretung der eigenen Interessen in der Gesamtgesellschaft.

Mit solidarischer Ökonomie, Genossenschaften, Tauschringen oder Bürgerstiftungen wurden Ansätze aufgezeigt. Rekommunalisierungen in verschiedenen Sektoren (z.B. Abwasseranlagen, Kraftwerke) und Aktivitäten hinsichtlich einer kommunalen Eigentümerschaft über die Energienetze sind starke Impulse, um öffentliche Güter in die Mitentscheidung der Bürger zu bringen. Andere Beispiele verbinden sich mit Aktivitäten in öffentlichen Räumen, z.B. den Stadtgärten (urban gardening). Die Energiewende setzt Beteiligung voraus und gibt Impulse dafür. Die genossenschaftliche Gründungsdynamik wird nicht zufällig von solchen im Energiebereich (mehr als 25 %) dominiert.

Eine produktive Rolle bei der Gemeinwesenentwicklung im genannten Sinn können Bürgerhaushalte spielen. Bürgerhaushalte werden international schon längere Zeit praktiziert. In Deutschland gibt es seit knapp zehn Jahren einen breiten Entwicklungsprozess mit aktuell über 200 Bürgerhaushalten in Städten und Gemeinden oder auch, wie in Thüringen, einem regionalen Netzwerk von Bürgerhaushalten.

Bürgerhaushalt Lichtenberg

Der 2005 im Stadtbezirk Lichtenberg begonnene Bürgerhaushalt gilt als einer der erfolgreichsten in Deutschland. Er wird in diesem Jahr zum siebenten Mal in Folge durchgeführt. Eine aktive Beteiligung von jährlich über 2 % der Einwohner mag eine eher geringe Zahl sein, sie ist dennoch bedeutsam und weist steigende Tendenz auf. Im Bürgerhaushalt können Vorschläge in einem finanziellen Umfang von etwa 35 Mio. EUR gemacht werden (bei einem Gesamtbudget von ca. 550 Mio. EUR). Von den etwa 1.700 Vorschlägen wurden mehr als 90 % durch die Abgeordneten in die Haushaltsplanung aufgenommen und zum Großteil auch bereits umgesetzt.

Mit seinen sehr breiten Beteiligungsmöglichkeiten (vom Internet bis zur direkten Veranstaltung) sieht sich der Stadtbezirk auf dem Weg zur Bürgerkommune – die vielfältigen Kompetenzen der Bürger sollen genutzt und gestärkt, Partizipationsräume erhalten und erweitert werden. In diesem Jahr können die Bürger erstmals Vorschläge machen, deren Umsetzung nicht beim Bezirk, sondern beim Senat liegen würde. Eine solche Abstimmung zwischen Verwaltung und Bürgern könnte aber den Vorschlägen größeren Nachdruck geben. Das kann weiteres Engagement befördern.

Die Entwicklung ist nicht frei von Widersprüchen und Rückschlägen. Bedeutsam, um Bürgerhaushalte zu einem erfahrbaren Instrumentarium aktiver Beteiligung zu machen, sind nachvollziehbare Rechenschaftslegung über Entscheidungen und eine längere Praxis wiederholter Bürgerhaushalte.

Ein weiteres Beispiel stellen Bürgerstiftungen dar. Im Osten Deutschlands sind Bürgerstiftungen eine junge Erscheinung. Dennoch zeigt sich ein deutlicher Zuwachs in den letzten Jahren; mittlerweile gibt es über 20 Bürgerstiftungen. Traditionen und Voraussetzungen traditioneller Stiftungen fehlen in Ostdeutschland weitgehend. Zugleich aber gibt es besonders interessante Entwicklungen, bei denen mit unterschiedlichen Kombinationen Beteiligung gefördert wird und Bürger nicht unbedingt durch Finanzbeiträge, sondern durch aktive Mitarbeit zu Stiftern werden können. In dem Sinn werden viele der Stiftungen zu echten Gemeinschaftsstiftungen und bieten Chancen gerade für junge Menschen (Studenten wie in Leipzig oder Jena).

Bürgerstiftung Kulturlandschaft Spreewald

Die Bürgerstiftung Spreewald ist das Beispiel einer Gemeinschaftsstiftung, die in hohem Maße von ehrenamtlichem Engagement lebt. Die nach einigen Jahren der Vorbereitung 2007 gegründete Stiftung ist stark ökologisch, auf Landschaftschutz ausgerichtet, um diese Ziele haben sich kleine Unternehmen, biologisch produzierender Landwirtschaftseinrichtungen, öffentliche Verwaltung und Vereine zusammengeschlossen. Das erforderliche Stiftungskapital kam von den beiden beteiligten Landkreisen, Kommunen, Unternehmen und Privatleuten.

Erworben werden brachliegende Flächen, die von Bürgern, Vereinen gepflegt werden sollen, es geht um den Erhalt der Kulturlandschaft Spreewald, der landschaftsprägenden Bewirtschaftungsformen. Aktiv betrieben werden einige wirtschaftliche Stiftungsprojekte, etwa die touristische Erschließung der Spreewaldhöfe oder typische Erzeugnisse wie Spreewaldmeerrettich oder Spreewaldhonig. Die Stiftung erscheint als geeignete Form, um auf eigenständiger Grundlage die Herausforderungen der Region zu bewältigen, das vorhandene lokale Potenzial einzubinden.

Bürgerhaushalte und Bürgerstiftungen sind geeignet, um zu Selbstermächtigung und Beteiligung in lokalen Räumen zu kommen. Damit sind positive Erfahrungen verbunden. Zugleich werden mit dem Auf und Ab dieser Organisationsformen Hindernisse sichtbar. Keine dieser Formen könnte oder sollte nur als Ersatz für knappe Finanzen oder einen Rückzug des Staates angesehen werden. Ihr Potenzial liegt darin, knappe Mittel besser justieren, einsetzen zu können und auf die Stabilisierung des lokalen Lebens zu lenken. Dies ist ein Zukunftsentwurf jenseits des Wachstumsdrucks.

III.6. „Anders Leben“, Individualität, Lebensweise und Lebensstile

Der sozialökologische, solidarische Pfadwechsel ist nicht ohne Änderung bisher dominierender Lebensweiseformen oder Lebensstile zu haben. Diese sind heute überwiegend Pendant wie zugleich Motor einer einseitigen Massenökonomie. Ohne einen kulturellen Wandel ist der ökonomische nicht durchsetzbar.

Es gibt Diskussionen und Initiativen, Nutzen, Wohlstand etc. anders und weiter zu fassen; es gibt signifikante kulturelle Trends, die für einen Wandel sprechen: Wachsendes Umweltbewusstsein, die schwindende Attraktivität des Autos als Statussymbol etc. In Ostdeutschland findet sich die ganze Palette widerstreitender Lebensweiseformen und Lebensstile. Diese folgen Differenzierungen, wie wir sie auch in anderen modernen Gesellschaften finden – nach sozialer Lage und Herkunft, nach regionalen Kriterien, nach Generationen und Mentalitäten. Markant treten positive soziale Erfahrungen hervor – etwa hinsichtlich Kinderbetreuung oder weiblicher Erwerbstätigkeit –, immer wieder aber auch die anhaltenden sozialen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten. Das perpetuierte Modell von Massenökonomie und Massenkonsum gräbt tiefe Spuren, die Arbeitsplatzfrage reibt sich drastisch an der sozialen, ein ökologisch schädlicher Individualverkehr wird stimuliert.

Die bisher aufgeführten Beispiele belegen, dass dennoch kultureller Wandel möglich ist; es zeigen sich offene Lebensweiseformen und Lebensstile eines nicht auf Massenkonsum fixierten Lebens. Es sind die praktischen Erfahrungen z.B. in Projekten der Energiewende oder der Dorfökonomie, die Veränderungen stimulieren und lebensweltliche Orientierungen für andere

Land und Leben, Kunst und Werk: Quetzdölsdorf

In diesem Dorf im Landkreis Anhalt-Bitterfeld hat eine kleine kulturelle Gruppe es geschafft, einen kulturellen und partiell auch wirtschaftlichen Wandel zu initiieren. Einen zentralen Platz nehmen Bildungs- und Lernaktivitäten für Jugendliche ein, die biologischen Landbau, die Verarbeitung biologischer Produkte wie andere handwerkliche Tätigkeiten kennen lernen. Zugleich konnte über solche Aktivitäten die direkte Brücke ins Dorf, in die Dorfökonomie geschlagen werden: Produkte und Dienstleistungen ließen sich austauschen, ein integriertes, gemeinsames Arbeiten wurde möglich. Gesucht wird ganz bewusst eine Vielfalt von gemeinschaftlichen, von wirtschaftlichen Tätigkeiten, zentrales Motiv bleibt die selbstbestimmte Arbeit im Einklang mit der Natur und eingebettet in ein Gemeinwesen.

Aktivierung, Unterstützung und Ausstrahlung sind enorm, das Dorf hat insgesamt in der Partnerschaft gewonnen und der Brückenschlag zwischen kulturellen Initiatoren und lokaler Bevölkerung scheint gelungen. Umsetzungsschwierigkeiten liegen wie bei vielen anderen Projekten in den Finanzierungs- und Förderbedingungen. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen müssen sich mit riesigem Engagement dagegen stemmen.

Kulturfabrik Hoyerswerda

Kaum eine Stadt ist so extrem von Schrumpfung betroffen wie Hoyerswerda, die mit der Braunkohle seit den 1950er Jahren extrem gewachsene Stadt. Erfahrungen mit dem Stadtumbau waren zunächst eher negativ. Es ist seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten die Kulturfabrik, deren Wurzeln in die Mitte der 1980er Jahre zurückreichen, die sich als soziokulturelles Zentrum für eine andere Art von Stadtumbau engagiert. Versucht wurden immer wieder produktive Provokationen, um Gestaltungsherausforderungen der Schrumpfung deutlich zu machen. Vor allem aber werden originelle kulturelle Angebote gemacht, um für neues Leben zu sorgen, sich der ausbreitenden Lethargie zu stellen, die der wegbrechende Stadtzusammenhang bewirkt.

Jugend- und Seniorenarbeit, Projekte für unterschiedliche Zielgruppen und immer wieder wechselnde Projektschwerpunkte bringen nicht nur Einnahmen, sondern befördern die aktive Auseinandersetzung und damit die Verarbeitung des erforderlichen Abrisses: Ein virtuelles Wohngebietsfest für ehemalige Bewohner eines abgerissenen Wohnhauses, die Nutzung von Abrisshäusern als Malplatten oder die temporäre Nutzung von leerstehenden Kaufhallen. Die Stadt soll, trotz der unvermeidlichen Schrumpfung und Abwanderung, lebenswert und funktionstüchtig bleiben.

Ziele öffnen. Es ist eine enorme Vielfalt von Kultur- und Theaterprojekten, von Initiativen ökologischen Bauens und Wohnens, von Selbstversorgung, Selbermachen und einer Rückeroberung gemeinschaftlicher Güter (commons) festzuhalten. Angesichts noch immer existierender sozialer Verwerfungen und Ungerechtigkeiten ist es erstaunlich, mit welcher Vehemenz, Vielfalt und Dynamik sich Projekte und Initiativen im Osten entwickelt haben, die so oder so ein anderes Leben praktizieren. Zu finden sind alte und neue Träume wie alte und neue Konzepte, Ideologien. Schrumpfungsprozesse werden als Chance begriffen, um in gewonnenen Freiräumen zu experimentieren. Das häufig kolportierte Bild des Ostens als sozial wie kulturell leer fallendes oder verödetes Territorium ist zumindest einseitig. Oft sind es Zugewanderte (Raumpioniere), engagierte Kommunalpolitiker und Unternehmen, Akteure der Zivilgesellschaft (besonders Frauen und zunehmend Jugendliche), die das Bild verändern. Nicht der Ausstieg übersättigter Mittelschichtangehöriger dominiert, sondern das sozial sehr breit angelegte und von eigener Aktivität abhängige Experiment. Es sind überwiegend sehr „alltägliche“ Dinge – die eigene Schule, der eigene Konsum, Kneipe oder ein kleines Theater –, ohne die aber das Dorf, der Stadtteil tot wären.

Es geht nicht um die Summe der Beispiele, es geht um die damit verbundene Erkenntnis, dass in einem beachtlichen Umfang der zukunftsorientierte Umbau der Gesellschaft, ein sozialökologischer, solidarischer Pfadwechsel nicht nur Idee oder Vision ist, sondern in vielen Nischen, an verschiedenen Nahtstellen begonnen hat. Die Beispiele decken keines der Handlungsfelder ab, und sie müssen auch nicht in den Handlungsfeldern die besten oder wichtigsten sein; es ist gut, dass sich noch ganz andere und eine große Anzahl finden ließen.

Die Beispiele erwecken möglicherweise den Eindruck eines Puzzles, das sich nicht zu einem vollständigen Gesamtbild fügt. Das ist zum Teil unvermeidlich. Mit der leitenden Perspektive eines erforderlichen Pfadwechsels können diese Beispiele aber je unterschiedliche Impulse, Veränderungen in den Handlungsfeldern aufzeigen. Eben die eines anderen Wirtschaftens, eines anderen Arbeitens oder für demokratische Partizipation und ein gutes Leben jenseits der Wachstumsökonomie. Solche Impulse, Veränderungen sind Bedingungen wie Konsequenzen einer regionalen, dezentralen Energiewende. Damit sind sie Facetten *eines* Zukunftsprojektes.

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1. Der sozialökologische Umbau der Gesellschaft bildet die Achse der gesamten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in unserer Zeit und in unserem Land. Die LINKE sollte ihn als ihr ureigenstes Thema, als ihr zentrales Projekt betrachten, konzeptionell und praktisch ausgestalten. Die Kombination von Marktbändigung, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit könnte das Gewinnerthema einer linken Partei mit langem Atem werden.

2. Mit der Strategie des sozialökologischen und solidarischen Umbaus muss die LINKE ihre Kritik der bestehenden Produktions- und Lebensweise mit Alternativen für ein verändertes, neues sozioökonomisches Entwicklungsmodell und Alternativen für ein verändertes, neues soziokulturelles Teilhabemodell verbinden. Es geht um Alternativen für nachhaltiges Wirtschaften, für anderes (gutes) Arbeiten, für echte soziale und demokratische Teilhabe sowie für eine bessere Lebensqualität. Wir haben in dieser und in den vorangegangenen Studien Vorschläge für eine solche konkrete Alternativpolitik unterbreitet.

3. Die LINKE muss ihre sozialen Forderungen, Alternativen und Projekte durchgehend ökologisch justieren und ökologische Forderungen, Alternativen und Projekte durchgehend sozial gestalten. Ein „Öko-TÜV“ für das Soziale und ein „Sozial-TÜV“ für das Ökologische sollten in Form klarer und nachvollziehbarer Indikatoren zur Messlatte eigener Forderungen und der Kritik und Bewertung von Forderungen anderer Parteien, Bewegungen, Initiativen werden.

4. Eine demokratisch-sozialistische Partei muss zeigen, dass es sich beim Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus um ein linkes, um ein emanzipatorisches und die Gesellschaft veränderndes Projekt handeln muss und handeln kann:

- *Im Inhalt:* Sozial gerecht und solidarisch, dezentral, selbstorganisierend und demokratisch und deshalb Umverteilung vs. Besitzstandswahrung, herrschafts- und kapitalismuskritisch und gegen die Macht des Finanzkapitals und der großen Energiekonzerne gerichtet.
- *In der Breite:* Ausweitung der sozialen Basis durch Gewinnung verschiedener und neuer sozialer Schichten und Milieus, Ringen um neue hegemoniale Akteurskoalitionen statt konservativ-wirtschaftsliberaler Elitenpakete.
- *In der Strategie:* Auf Gesellschaftsumbau abzielend statt auf restaurative Systemstabilisierung oder halbherzige Systemreformierung.

- *In der Form*: Mobilisierung der Öffentlichkeit, der Bürgergesellschaft sowie des wissenschaftlichen Sachverständigen, Dialog und gemeinsame Such- und Lernprozesse statt autoritär-hierarchisch verordneter Politikkonzepte.

Ein sozialökologisches und solidarisches Umbauprojekt schärft Alleinstellungsmerkmal, Image und Profil der gesellschaftlichen und parteipolitischen Mosaik-Linken.

5. Der sozialökologische und solidarische Umbau folgt keinem durchkonstruierten Masterplan, sondern ist ein Such- und Lernprozess „von unten“ wie „von oben“. Die LINKE sollte die Erfahrungen dieser Umbruchsituation aufgreifen und verarbeiten. Am Fall *Ostdeutschlands* und seiner Regionen lassen sich heute schon Einstiegsprojekte für eine sozialökologische und solidarische Wende festmachen.

Ostdeutschland ist durch die Situation eines doppelten Umbruchs“ (postsozialistischer und postfordistischer) zu einem widerspruchsvollen Labor im Ringen um einen neuen Entwicklungspfad geworden. Die LINKE sollte Beispielprojekte wie die Energiedörfer, die neuen Regional- und Dorfökonomien, die Genossenschaftsmodelle mit ihren neuen Ansätzen von Wirtschaften, Arbeiten und Leben (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt) sowie weiterführende Beispiele wie die des ÖBS (Berlin) und des partizipativen Bürgerhaushaltes (Berlin-Lichtenberg) vor Ort studieren, ihre Machbarkeit und ihre Lösungswege propagieren und öffentlich „vermarkten“. Sie sollte sich mit diesen Projekten solidarisieren und die dabei gewonnenen positiven wie negativen Erfahrungen öffentlich diskutieren, Initiativen der Landesverbände aufgreifen. Viele der Einstiegsprojekte sind gefährdet, sie benötigen entsprechende Rahmenbedingungen. Die Energiewende zeigt mögliche Wegscheidungen auf. Die LINKE steht politisch in der Pflicht.

6. Der Weg zum sozialökologischen und solidarischen Gesellschaftsumbau muss hier und heute beginnen. Auf Dauer aber kann er nur erfolgreich sein, wenn er am Ziel des Richtungs- und Pfadwechsels orientiert und mit diesem vermittelt wird. Die LINKE braucht daher einen Kompass und eine überzeugende Vision, die es positiv zu kommunizieren gilt: Wandel, Umbau, Transformation nicht als Zumutung, sondern als berechtigte Hoffnung auf eine sozial gerechtere, demokratischere und freiere Gesellschaft. Im Kapitalismus konkret über den Kapitalismus hinaus denken und handeln. Für die LINKE ist das Ringen um einen neuen, um einen sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad Pflicht und Chance zugleich. Wie sie sich dem stellt, entscheidet maßgeblich auch über ihre Zukunft.

Literatur:

- Adler, Frank; Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster.
- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005): Deutschland im Umbruch, in: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Wiesbaden.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Die globalen Gefährdungen– vom Terror bis zum Klimawandel, München.
- Brie, Michael (2011): Die Fähigkeit zur Transformation– Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. In: M. Thomas (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen, Münster 61-84.
- DIE LINKE – Programmentwurf 2011, Berlin.
- Dörre, Klaus (2010): Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Replik zur Kritik, in: Sozialismus 5, S. 55-59.
- Dyer, Gwynne (2010): Schlachtfeld Erde. Klimakriege im 21. Jahrhundert, Stuttgart.
- Haug, Frigga (2011): Vier-in-einem-Perspektive. Kompass für die politische Praxis, in: Luxemburg (Zeitschrift) H. 2, S. 122-127. Berlin.
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft.
- Im Osten was Neues – Kreativer Aufbruch in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in den neuen Bundesländern. Projektbericht, Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.), Bollewick/Berlin 2010 (unv.).
- Kollmorgen, Raj/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.) (2011): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden.
- Kulturstiftung des Bundes (Hrsg.) (2010): Zeitspenden. Kulturelles Engagement in den neuen Bundesländern, Halle.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt a.M.
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin.
- Marx, Karl (1974): Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 42. Berlin.
- Münkler, Herfried (2010): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main.
- Potentiale Ost (2009): 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden.
- Scheer, Hermann (2010): Der energetische Imperativ. 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München.
- UN (2010): Bericht über menschliche Entwicklung 2010. Washington.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias, London, New York.